

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Klingsberg, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckerschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 13. Mai 1931

Briand unterlegen.

Die Überraschung von Versailles.

Inv. ins. Huut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Versailles, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Im 2. Wahlgang wurde Senatspräsident Doumer am Mittwoch mit 504 Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt. Auf den Kandidaten der Linken Maraud entfielen 333 Stimmen.

Nicht die Wahl Doumers ist das Ereignis des Tages, sondern die Niederlage Briands. Dessen sind sich gerade die Anhänger des Aussenministers bewusst. Ihre Bestürzung ist umso grösser, als eigentlich niemand auf der Linken jemals damit gerechnet hatte, dass Briand weniger Stimmen als Doumer erhalten würde. Bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses hatten die besten und ältesten Kenner des Parlaments behauptet, dass Briand höchstwahrscheinlich mit einer knappen absoluten Mehrheit im ersten Gang durchkommen würde. Und nun lag er nicht weniger als 41 Stimmen hinter Doumer. Wie ist das zu erklären? Unter den Sozialisten gab es nur eine Meinung: Briand sei durch die Radikalen unter Führung Herriots verraten worden, der dank der geheimen Stimmabgabe nicht weniger als dreissig bis fünfunddreissig seiner Freunde zugunsten Doumers abkommandiert hätte. Ausserdem habe Tardieu ein doppeltes Spiel getrieben, indem er überall am Vormittag versichert habe, dass er persönlich für Briand stimmen werde, aber gleichzeitig seine Anhänger aufgefordert habe, Stimmzettel für Doumer abzugeben.

Jedenfalls hatte man sich auf der Linken gründlich verrechnet - und das gilt vor allem für den gewiegten Taktiker Briand, von dem man annehmen musste, dass er nur dann kandidieren würde, wenn seine Wahl absolut gesichert erschien. Noch nie hat der alte Virtuose der parlamentarischen Klaviatur so gründlich daneben gehauen. Der Misston, der aus diesem Fehlgriff entstanden ist, wird weithin über Frankreichs Grenzen hörbar sein. Darüber sind sich alle Kenner der auswärtigen Politik durchaus im Klaren: die ganze Welt wird die Niederlage Briands als eine Abkehr Frankreichs von der Verständigungspolitik auffassen, ja auffassen müssen. Nicht umsonst ist die Linke bei der Verkündung des Resultats in den leidenschaftlichen Schrei ausgebrochen: "Nieder mit dem Krieg - Es lebe Briand - Es lebe der Friede!" Nicht umsonst nahm der krankhafte Deutschenfresser Franklin Bouillon in den Wandelgängen die Glückwünsche seiner Freunde strahlend entgegen und versicherte, dass die Erledigung Briands erst den Anfang der nationalen Säuberung Frankreichs bedeute. Nicht umsonst hatte die nationalistische Presse Briand seit drei Tagen mit Kübeln voll Schmutz beworfen, so dass selbst die Redakteure der deutschen Nazipresse vor Neid über diese Rekordleistung an Verunglimpfung eines politischen Gegners erblassen würden. Die Nationalisten hatten behauptet, dass Briand der Kandidat Deutschlands sei, dass er sich durch die internationale Finanz im Interesse Deutschlands habe bestehen lassen. Auf diese und ähnliche infamierende Be-

hauptungen war der Ton der Rechtspresse seit drei Tagen abgestimmt.

Frankreich wird sich nicht wundern dürfen, wenn die öffentliche Meinung der ganzen Welt, und nicht zuletzt Deutschlands, aus dem Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom 13. Mai ihre Schlussfolgerungen zieht. Dem französischen Volk tut man dabei sicherlich unrecht, wenn man wegen der Niederlage Briands an seiner friedlichen Gesinnung zweifelt. Aber das französische Parlament ist selbst schuld daran, wenn nun die Auffassung entsteht, die dem Rufe Frankreichs in der Welt höchst abträglich sein dürfte. Es ist ein Skandal, dass noch vor fünf Tagen nur 52 Mann in der Kammer bei öffentlicher Stimmabgabe es wagten, gegen Briand Stellung zu nehmen, - im Senat war die offene Gegnerschaft gegen ihn zahlenmässig stets noch geringer - und dass in geheimer Abstimmung die Zahl seiner Gegner, selbst in den Reihen der Linken, in die hunderte stieg.

Gewiss, persönliche Feindschaften, Rankünen, Ambitionen und auch allerhand rein innerpolitische Erwägungen mögen bei vielen Senatoren und Deputierten eine weitaus grössere Rolle gespielt haben, als aussenpolitische Gesichtspunkte. Aber Parlamentarier sind doch keine kleinen Kinder, die nicht wissen, was sie tun, oder sie sollten es zumindest nicht sein. Sie mussten wissen, dass in der ganzen Welt die Niederlage des Mannes von Locarno als Abkehr von der Politik von Locarno aufgefasst werden musste, besonders nachdem ein solches Konzert von nationalistischen Schmähungen vorangegangen war. Sie mussten auch wissen, dass Briand als Aussenminister wahrscheinlich zurücktreten würde, wenn er besiegt worden war.

Vielleicht wird sich Briand im Interesse Frankreichs dazu bewegen lassen, diesen Rücktritt einstweilen nicht zu vollziehen. Schon wird er bestürzt, zu bleiben, um nach aussen zu bekunden, dass der Wahl eine rein innerpolitische Bedeutung zukomme und dass die Aussenpolitik Frankreichs die gleiche bleiben würde. Am Mittwoch abend hiess es in Versailles, dass er sogar bestimmt nach Genf fahren würde, und sei es nur, um sich vom Rat zu verabschieden und den Ministerpräsidenten Laval einzuführen, der als sein Nachfolger am Quai d'Orsay in Aussicht genommen ist.

Trotzdem sind stimmungsmässige Rückschläge in der internationalen Lage der nächsten Zeit nicht zu vermeiden. Wenn selbst Briand trotz der vielen Zugeständnisse, die er immer wieder an die Rechten machen musste, bei der Mehrheit des Parlaments als national unzuverlässig und schwächlich gilt, wird sein Nachfolger erst recht vor den Chauvinisten in allen grossen Problemen der nächsten Zeit zurückweichen, insbesondere in dem internationalen Kampf um die Abrüstung

SPD. Paris, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Als das Ergebnis des ersten Wahlganges bekannt wurde, bemühten sich sofort führende Mitglieder der Linken, Briand von dem Verzicht auf seine Kandidatur für die Präsidentschaft abzuhalten. Alles Zureden half jedoch nichts. Briand zeigte sich nach der Bekanntgabe der Abstimmung von Anfang an entschlossen, auf seine Kandidatur zu verzichten und liess sich in dieser Hinsicht nicht umstimmen. Die Versuche, nunmehr anstelle Briands den Ministerpräsidenten Laval zur Uebernahme einer Kandidatur zu bewegen, schlugen ebenfalls fehl. Ein grosser Teil der Linksfractionen einigte sich dann schliesslich auf die Kandidatur des früheren Ministers Maraud.

Der zweite Wahlgang, der kurz nach 6 Uhr begann, war gegen 8 Uhr beendet. Das Ergebnis wurde um 8,45 Uhr bekanntgegeben. Auf der Linken kam es zu Kundgebungen für Briand und gegen Doumer, auf der Rechten zu solchen für Doumer und gegen Briand. Es war fast nicht möglich, die Verlesung des Abstimmungsergebnisses zu verstehen. Als die Wahl vollzogen war, begab sich Doumer in den Präsidentsaal, wo er die Glückwünsche der Regierung, der Senatoren und der Abgeordneten entgegennahm. Abends nach 10 Uhr stattete er seinem Amtsvorgänger Doumergue einen Besuch ab.

SPD. Weimar, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische Fraktion gab in der Mittwochsitzung des Thüringischen Landtags folgende Erklärung ab:

"Am Mittwoch-Vormittag hat der Abgeordnete Frölich (Soz) kritisiert, dass die Öffentlichkeit in der Attentatssache gegen Professor Günther noch nicht unterrichtet worden ist. Er führte das darauf zurück, dass wohl die Vernehmung des Attentäters solange fortgesetzt werde, bis man die Aussage habe, "die gebraucht wird". Schon jetzt ist der Beweis für diese Vermutung erbracht. In der Berliner Presse erschien am Mittwoch-Morgen ein Polizeibericht, der später für die thüringische Presse herauskam, dann aber wieder zurückgefordert wurde, um eine Ergänzung zu erfahren. In dem Berliner Bericht lautet der Satz über den Attentäter: "Dannebauer gibt an, er habe den Gedanken allein gefasst und sei dazu von niemand angestiftet worden. Einer politischen Partei will Dannebauer nicht angehören." In dem zweiten Bericht, der der Jenaer Presse zugegangen ist wurde diesem ersten Satz hinzugefügt: "Er gibt jedoch an, sein Vater sei Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs und sein Bekanntenkreis gehöre ebenfalls zu diesem Kreise." Dieser Zusatz soll gewiss dazu dienen, eine Hetze gegen die Sozialdemokratie anlässlich dieses Attentats entfachen zu helfen, obwohl der Schlusssatz des Berichts an die Presse besagt, dass auch Psychiater sich mit dem Täter zu befassen haben dürften.

Die Sozialdemokratie verwahrt sich gegen diese verhetzende Art der Berichterstattung an die Presse, gleichviel, von welchen Kreisen diese Art Berichterstattung auch ausgeht."

SPD. Die parlamentarische Situation für die am 11. Mai abgeschlossenen Verträge zwischen dem Preussischen Staat und den evangelischen Landeskirchen ist noch völlig unklar. Ein Teil der Deutschnationalen hat bereits in der alt-preussischen Generalsynode gegen das sogenannte evangelische Konkordat gestimmt, und in der Fraktion ist der Kampf zwischen Anhängern und Gegnern dieses Konkordats noch nicht entschieden. Die Hugenberg-Presse hat von vornherein dagegen gehetzt, dass die evangelische Kirche sich mit der Regierung Otto Brauns verständigt, und man hält es für durchaus möglich, dass diese Hugenberg- und Winckler-Gruppe auch im Landtag ihre ablehnende Haltung beibehält.

Sollten die Deutschnationalen sich zur Ablehnung der Kirchenverträge entschliessen, so wird von Zentrumsseite angekündigt, dass auch das Zentrum nicht zustimmen werde. Denn es denke als Vertretung des bewusst katholischen Volksteils nicht daran, den Evangelischen einen Kirchenvertrag aufzunötigen, den sie selbst nicht haben wollten.

Die Sozialdemokratie ist an diesen evangelischen Kirchenverträgen verhältnismässig wenig interessiert. Worauf es uns bei Kirchenverträgen allein entscheidend ankommt, ist die Erhaltung der Schule als reine Staatsangelegenheit. Wie im katholischen Kirchenvertrag so ist auch in den evangelischen Kirchenverträgen - in schroffem Gegensatz zum bayerischen Konkordat - die Schule mit keinem Wort erwähnt.

Beim katholischen Konkordat ist s. Zt. eine Resolution angenommen worden, dass auch die freigeistigen Weltanschauungsgemeinschaften die Rechte einer öffentlichen Körperschaft erhalten sollten. Das ist bisher nicht geschehen, und es besteht für die nächste Zeit auch kaum Aussicht, diese von der Sozialdemokratie aufgestellte Paritätsforderung durchzusetzen. Auch sonst ist die verfassungsmässige Gleichberechtigung der Dissidenten noch weithin blosses Versprechen auf dem Papier geblieben.

Die gegenwärtige finanzielle Notlage von Staat und Gemeinden lässt uns die Zuwendungen an die Kirche besonders kritisch betrachten. Gewiss ist es - trotz oder wegen des katholischen Konkordats - gelungen auch die Zuschüsse des Staates an die Kirche im letzten Jahre zu kürzen. Aber es wird doch genau zu

prüfen sein, ob nicht diese evangelischen Kirchenverträge für jetzt oder später den Staat finanziell belasten.

Auf der anderen Seite ist die Sozialdemokratie weder religionsfeindlich, noch etwa der katholischen Kirche gegenüber grundsätzlich freundlicher eingestellt als der evangelischen Kirche. Soweit es äusserlich diesen Anschein haben könnte, liegt es daran, dass die katholische Kirche sich offen auf den Boden der geltenden Verfassung und des republikanischen Staates gestellt hat, während in der evangelischen Kirche weite und massgebende Kreise antisozialistische und antirepublikanische Hetze getrieben haben. In den neuen Kirchenverträgen hat der Staat sich ein Bestätigungsrecht für die leitenden Kirchenfunktionäre gesichert, das bisher nicht bestand; es wird ihm die Möglichkeit geben, evangelische Pastoren, die offen gegen den Frieden und die Republik gehetzt haben, wenigstens von den leitenden Stellen des Kirchenregiments fernzuhalten.

Das etwa sind die Gesichtspunkte, unter denen die Sozialdemokratische Landtagsfraktion den Vertrag mit den evangelischen Kirchen prüfen wird; zu einer endgültigen Entscheidung wird sie schwerlich vor der dritten Lesung veranlasst sein.

-----

SPD. Stuttgart, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Im württembergischen Landtag kam es am Mittwoch bei der Generaldebatte zum Etat des Kultusministeriums zu stürmischen Szenen und zu einem Konflikt innerhalb des Landtagspräsidiums.

Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion hatte sich der Abgeordnete Heymann mit der Tätigkeit des nationalsozialistischen Lehrebundes beschäftigt und die Regierung aufgefordert, der durch diesen Bund verursachten parteipolitischen und nationalistischen Verhetzung namentlich unter den Schülern der höheren Schulen entgegenzuwirken. Das veranlasste den einzigen nationalsozialistischen Abgeordneten Mergenthaler, ein höherer Lehrer, zu unverschämten persönlichen Ausfällen gegen den Abgeordneten Heymann. Er sprach ihm jedes Recht und jede Fähigkeit ab, über deutsche Belange mitzusprechen und bezeichnete es als einen Schandfleck in der Geschichte Württembergs, dass Heymann einmal das Amt des Kultusministers innegehabt hätte. Trotz der stürmischen Proteste der sozialdemokratischen Fraktion lehnte es der deutsch-nationale Vizepräsident Hiller wiederholt ab, Mergenthalers Unverschämtheiten zu rügen. Das veranlasste die sozialdemokratische Fraktion dazu, am Schluss der Sitzung durch eine vom Abg. Keil abgegebene Erklärung nicht nur die gegen Heymann gerichteten Angriffe mit der grössten Entschiedenheit zurückzuweisen, sondern auch die geistige Verfassung des nationalsozialistischen Angreifers gebührend zu kennzeichnen, und Verwahrung gegen das Verhalten des deutsch-nationalen Vizepräsidenten einzulegen.

Daraufhin gab der amtierende zweite Vizepräsident, der Zentrumsabgeordnete Andre, unter Zustimmung der grossen Mehrheit des Landtags die Erklärung ab, dass er das Verhalten des Abgeordneten Mergenthaler, wenn er die Verhandlungen zu jenem Zeitpunkt geführt hätte, als einen Verstoss gegen die parlamentarische Ordnung bezeichnet und gerügt hätte, denn es sei in jeder Beziehung ungehörig, einem Abgeordneten das Recht zur Vertretung deutscher Belange abstreiten zu wollen.

Da der sozialdemokratische Präsident Pflueger wegen eines Unfalls wahrscheinlich längere Zeit verhindert sein wird, sein Amt auszuüben; so ist anzunehmen, dass der am Mittwoch zutagegetretene Zwiespalt zwischen dem ersten Vizepräsidenten (Dntl) und dem zweiten Vizepräsidenten (Ztr) sowie der überwiegenden Mehrheit des Landtags in der nächsten Zeit noch öfters zu Konflikten führen wird.

-----

SPD. Braunschweig, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Nationalsozialisten wollen die Zinsknechtschaft brechen. Sie haben deshalb im Reichstag einen Antrag eingereicht, nach dem jeder, der mehr als 5 Prozent Zinsen nimmt, mit Gefängnis bestraft werden soll. Die nationalsozialistische Fraktion des braunschweigischen Landtags hat dennoch am Mittwoch in Gemeinschaft mit der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft einen Vertrag mit der Kirche abgeschlossen, der der Kirche grosse Summen zusichert, die für eine zwei Jahre zurückliegende Zeit mit 10 Prozent und für die Zukunft mit 8 Prozent zu verzinsen sind. Als die Sozialdemokraten auf diesen Widerspruch aufmerksam machten, wussten die Nazis nichts zu erwidern. Nur in einem Zwischenruf brachten sie zum Ausdruck, dass sie im "Dritten Reich" - also am St. Nimmerleinstag die Zinssätze herabsetzen würden. Damit haben sie ihre Zinsknechtschaftstheorie wieder einmal selbst als jämmerliches Geschwätz charakterisiert.

Auf Grund des Vertrages muss das Land Braunschweig der Kirche jährlich 40 000 Mark und eine Nachzahlung von 132 000 Mark überweisen. Dazu kommen die Zahlungen der einzelnen Landgemeinden, die mit etwa 540 000 Mark veranschlagt werden können, sodass die Kirche mit den schon geleisteten Zahlungen in diesem Jahre mit Zustimmung der Nazis etwa 1 1/4 Millionen Mark erhält.

SPD. Jerusalem, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Steigerung der Spannung in Ägypten wird durch tägliche stürmische Frauendemonstrationen unter Teilnahme von Studenten und Arbeitern aus Kairo, Port Said und Benaha charakterisiert. Die dadurch entstandene Nervosität ist so gross, dass selbst die bisher regierungsfreundlichen ausländischen Kolonien Sedky Paschas zur Demission drängen. Die Regierung hat vorläufig jedoch die unachtsichtige Unterdrückung aller Kundgebungen angeordnet. Die Situation König Fuads ist durch das Anwachsen der Opposition am königlichen Hofe ausserordentlich erschwert. Die einflussreichen Prinzen Omar Toussoum, Mohammed Ali, Said Daud und Omar Ibrahim kritisieren neuerdings die königliche Politik des Sedky-Kurses auch öffentlich.

Der englische Oberkommissar verhandelt bereits mit der Opposition zwecks Bildung einer Regierung unter Nahas Pascha.

SPD. Versailles, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

In der Umgebung des Versailler Bahnhofes kam es am Mittwoch nachmittag zu einer Schlägerei zwischen Royalisten und Kommunisten. Als berittene Gendarmerie anrückte, ergriffen beide Parteien die Flucht.

SPD. Sofia, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Amtlich wird mitgeteilt, dass der Handelsminister Mischaikow und der Agrarminister Wassilew ihren Rücktritt erklärt haben, um dem Premierminister Liaptshew die Verhandlungen zur Bildung eines Koalitionskabinetts mit den Nationalliberalen zu erleichtern. Als neue Minister sind die nationalliberalen Führer Smilow und Stawew ausersehen.

Der sozialistische "Narod" bezeichnet die in Aussicht genommene Rekonstruktion des Kabinetts als eine ungeheuerliche Provokation des bulgarischen Volkes.

SPD. Paris, 13.Mai (Eig.Drahtb.)

Das Ergebnis des ersten Wahlganges der Präsidentenwahl, das am Mittwoch gegen 5 Uhr nachmittags verkündet wurde, lautet: Doumer 442, Briand 401, Hennessy 15, Cachin 10, Verschiedene 29 Stimmen. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit (449 Stimmen) erhielt, musste eine zweite Abstimmung stattfinden.

Die Sitzung wurde nach der ersten Abstimmung für eine Stunde unterbrochen damit die Fraktionen untereinander beraten konnten.

SPD. Weimar, 13.Mai (Eig.Drahtb.)

Grosse Erregung entstand in der Mittwoch-Sitzung des Thüringer Landtags, als auf Verlangen der Vertrag bekanntgegeben wurde, den Frick mit seinem Parteifreund Schultze-Naumburg, dem Leiter der Kunsthochschule in Weimar, abgeschlossen hat.

In diesem Vertrag heisst es einleitend: "Vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags wird folgender Vertrag abgeschlossen", ohne dass der mit dem 1.April 1930 in Kraft getretene Vertrag von Frick jemals dem Landtag vorgelegt worden wäre. Erst am Mittwoch erhielt der Landtag von dem Vertrag Kenntnis. Das Land Thüringen kann den Vertrag; erstmalig zum 31.März 1933 kündigen. Schultze dagegen hat das Recht, den Vertrag zu kündigen, wenn die Ziele der Lehranstalten, wie dieselben von Schultze näher dargelegt sind, durch Massnahmen oder Anordnungen des Landes in wesentlichen Punkten gefährdet werden, z.B. durch erhebliche Beschränkung der Haushaltsmittel. In diesem Falle erhält Schultze eine Abfindung in Höhe der für den Rest der Vertragszeit noch zu zahlenden Jahresvergütung, jedoch nicht über 15 000 Mark hinaus.

Der Landtag beschloss, dass ihm der Vertrag sofort im Wortlaut vorzulegen ist, damit er dazu Stellung nehmen kann. Es entsteht die Frage, ob Frick für den Schaden, der dem Lande durch den Abschluss des Vertrages entstanden ist, haftbar gemacht werden kann.

SPD. Frankfurt/M., 13.Mai (Eig.Drahtb.)

Der 21 jährige nationalsozialistische Sturmtruppführer Wilhelm Kohl, der im hiesigen Hauptbahnhof den Redakteur der sozialdemokratischen Volksstimme Quint von hinten überfallen und niedergeschlagen hatte, wurde am Mittwoch vom Schnellrichter zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Kohl hatte kurz nach dem Ueberfall auf Quint auch einen Polizeibeamten niedergeschlagen.

SPD. Hannover, 13.Mai (Eig.Drahtb.)

Die hannoversche Bäckerinnung hat in Gemeinschaft mit den Brotfabriken mit Wirkung ab Montag den Brotpreis von 52 auf 55 Pfennige erhöht. Sie begründen diese Erhöhung mit den in den letzten Tagen "bedeutend gestiegenen Mehlpreisen".

In Stuttgart wird - wie uns von dort gemeldet wird - mit Wirkung vom Freitag ab auf Grund eines Beschlusses der Stuttgarter Bäckerinnung der Brotpreis um 2 Pfennige für das Kilo erhöht.



SPD. Madrid, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

In Valencia wurden am Mittwoch drei Klöster in Brand gesteckt. Ueber die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt. In Kordova wurden bei dem Versuch, ein Kloster zu stürmen, drei Personen erschossen.

Der Generalstreik in Huelva ist bis Mittwoch-Abend ruhig verlaufen. Die Regierung hat Truppen von Sevilla nach Huelva entsandt.

SPD. Am Mittwoch wurde im Roggenuntersuchungsausschuss des Reichstags die Beweisaufnahme geschlossen. Reichsernährungsminister Schiele benutzte die Gelegenheit sich abschliessend über die Stützungsaktion und die gegenwärtige Lage am Roggenmarkt zu äussern.

Die Stützungspolitik sei, so führte Schiele aus, durch die guten Ernten der letzten Jahre bedingt gewesen. Ein Export sei nicht möglich gewesen, weil die Aufnahmefähigkeit des Roggenweltmarktes nur etwa 1 bis 1,3 Millionen Tonnen betrage und der Roggenüberschuss in den Hauptproduktionsländern z.B. im vergangenen Jahre mehr als das Dreifache des gesamten Zuschussbedarfs der Welt ausgemacht habe. So wären für Deutschland nur die Magazinierung und der Eosinroggenabsatz in Frage gekommen. Da Mitte April 1931 nur noch 1,3 Millionen Tonnen Roggen vorhanden gewesen seien, also 500 000 Tonnen weniger als im Vorjahr, wäre ein Erfolg der Roggenstützungsaktion erwiesen und da die Landwirtschaft die Roggenanbaufläche um 500 000 Hektar vermindert hätte, könne man im kommenden Jahr ohne wesentliche Stützungsingriffe auskommen. Die Kosten der Stützung hätten 59 Millionen erfordert, die durch Etatsmittel gedeckt seien. Davon seien 33 Millionen für die Eosinroggenaktion verbraucht worden. Hätte die Regierung die als Eosinroggen verkauften Mengen von rund 800 000 Tonnen mit Hilfe von Exportprämien (Einfuhrscheinsystem) auf den Markt geworfen, so hätte diese Verschleuderung deutschen Roggens 90 Millionen gekostet. Durch die Verfütterung an das Vieh sei also eine wesentliche Ersparnis erzielt worden.

Zur jetzigen Lage des Roggenmarktes äusserte Minister Schiele folgendes: 1,3 Millionen Tonnen lagerten (Mitte April) noch bei der Landwirtschaft, die staatlichen Reserven und die Vorräte bei den Mühlen und Händlern betragen ungefähr 300 000 Tonnen. Ausserdem hätte die Regierung noch Roggen in Rotterdam erworben, so dass auf keinen Fall ein Vakuum in der Versorgung eintreten könne.

Im Anschluss an die Rede Schieles kam es zu einer Auseinandersetzung mit den Kommunisten. Reichstagsabgeordneter Hildenbrandt stellte fest, dass die Kommunisten Hoernle und Putz nur deshalb den Reichsgetreidekommissar Dr. Baade infamierten, weil er Sozialdemokrat sei.

An der Rede des Reichsernährungsministers interessieren besonders die Schlussfolgerungen, denen wir nicht zustimmen können. Die 1,3 Millionen Tonnen, die für die Ernährung der Bevölkerung zur Verfügung stehen sollen, lagerten am 15. April bei der Landwirtschaft. Der gesamte Bedarf der Landwirtschaft an Mahlroggen bis zur neuen Ernte und sämtliche, in den eigenen Betrieben noch zu verfütternden Roggenmengen müssen von dieser Summe abgezogen werden. Von Mitte April bis Ende Juli benötigen die Mühlen zur Versorgung der Städte aber 1 bis 1,2 Millionen Tonnen. Selbst unter Berücksichtigung der 300 000 Tonnen, die noch bei der Stützungsstelle und beim Handel lagern, sind die Gesamtverräte nicht so gross, dass eine glatte Versorgung der städtischen Bevölkerung zu nicht weiter steigenden Preisen möglich ist. Darauf kommt es aber an. Selbstverständlich reichen die Vorräte aus, wenn manden Roggenpreis auf 250 Mark oder noch höher klettern lässt. Eine solche Preiserhöhung ist aber einfach untragbar und muss zu unabsehbaren Konsequenzen führen. Die Regierung anerkennt ja die bedrohliche Lage ebenfalls. Sonst hätte sie keinen Russenroggen gekauft. Sie wird diese Käufe fortsetzen müssen. Andererseits sind alle Mittel

anzuwenden, um die Roggenvorräte bei der Landwirtschaft los zu machen, damit sie in den Mühlen verarbeitet werden können. Lässt man jetzt die Roggenpreise weiter steigen, dann hält die Landwirtschaft mit ihrem Roggen zurück. Es empfiehlt sich in diesem Zusammenhang, dass die Regierung ihren Stützungsroggen nicht nur in Berlin, sondern an die Mühlen in ganz Deutschland verkauft und zwar unter der Bedingung, dass die Mühlen das Mehl zu entsprechend billigen Preisen abgeben. Der Reichsernährungsminister trägt persönlich die Verantwortung für den Verbraucherschutz und für die Einhaltung der Brotpreisklausel, Er ist, wie er im Ausschuss selbst zugegeben hat, verpflichtet, sich nach den gesetzlichen Bestimmungen zu richten. Will er das, dann hat er keine Zeit zu verlieren. Aber noch sind die Brotpreiserhöhungen in den deutschen Städten nicht rückgängig gemacht!

---

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Das Reichskabinett führte am Mittwoch, unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten seine Beratungen über die Genfer Tagung des Europaausschusses und des Völkerbunds rats zum Abschluss. Ueber die von der Deutschen Delegation in Genf einzunehmende Haltung ergab sich auf Grund der Ausführungen des Reichsministers des Auswärtigen völlige Einmütigkeit."

+                    +                    +

Die Deutsche Delegation für Genf hat Berlin am Mittwoch verlassen.

---

SPD. München, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Wittelsbacher Hofgesellschaft mit den ehemaligen Hofschranzen an der Spitze hat sich jetzt zum erstenmal seit der Republik zu einer grösseren öffentlichen Versammlung herausgetraut, an der etwa 1500 Personen teilnahmen. Es handelte sich um eine Kundgebung des Bayerischen Heimat- und Königsbundes, für die der Stahlhelm, der Kriegerbund und die sogenannten vaterländischen Verbände (Deutschnationale, Mittelständler und Beamten) die Mannschaft lieferten.

Die Rede des Leiters des Bundes, eines fränkischen Schlossbesitzers Freiherr von Gutenberg bestand aus einer unerhörten Hetze gegen das Reich und die Weimarer Verfassung. Er erklärte, Berlin sei zur Zwingburg geworden, die Bayern zu Tributen verpflichtet habe, an denen es verbluten solle. Das Reich sei nichts anderes als eine Vertriebsgesellschaft der Gelder der Bundesstaaten. Bayern werde jährlich um viele Millionen geprellt. Die Hälfte seiner Arbeitslosen seien Opfer der kassierten bayerischen Finanzhoheit und der Weimarer Verfassung. Jetzt sei es an der Zeit, dass Bayern dem Reich die Gefolgschaft aufkündige. Der gegenwärtige bayerische Ministerrat müsste endlich das Volk selbst zur Entscheidung aufrufen. Es sei ein doppelter Volksentscheid notwendig, der erste mit der Parole "Weg mit Weimar" und der zweite "Her mit dem König", wodurch allein der Weg für den Wiederaufstieg Bayerns frei werde.

An den Kronpräsidenten Rupprecht wurde ein Huldigungstelegramm gesandt.

---

SPD. Rom, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Die faschistische Regierung wird nach dem neuen Haushaltsplan auch im laufenden Etatsjahr für Rüstungen zu Lande nicht weniger als 550 Millionen Mark ausgeben. Ausserdem sind für Polizeizwecke rund 93 Millionen Mark in den Etat eingesetzt.

Die Ausgaben für Rüstungszwecke erfolgen, trotzdem der italienische Haushalt ein Defizit von mehreren hundert Millionen aufweist.



SPD. Dem Abgeordneten der französischen Kammer Grumbach war von seiner Fraktion die Aufgabe übertragen worden, in der Interpellationsdebatte über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung den Standpunkt der Sozialisten zu dieser Frage auseinanderzusetzen. Wir haben darüber bereits telegraphisch berichtet. In Anbetracht der Wichtigkeit seiner Ausführungen halten wir es für zweckmässig, die grundsätzlichen Partien der Rede an Hand des Protokolls nachträglich noch wörtlich wiederzugeben:

"Deutschland und Oesterreich haben ihre Absicht angekündigt, ein Zollabkommen vorzubereiten. Ich will es als erwiesen betrachten, dass dieser Gedanke die Absicht verrät den politischen Anschluss in die Wege zu leiten. Ich will nicht das Gegenteil zu beweisen suchen. Aber es handelt sich bis jetzt noch nicht um eine vollendete Tatsache. Es liegt eine bestimmte, öffentlich ausgesprochene Absicht vor, aber noch keine Verletzung der Friedensverträge, wenn das deutsch-österreichische Abkommen wirklich eine solche Verletzung darstellt

Ich bin andererseits aber der Ansicht, dass das Anschlussproblem noch von anderen Seiten beleuchtet werden muss. Als Herriot und andere Redner gesagt haben, dass die Verträge hochheilig seien, habe ich mir die Frage vorgelegt: Ist es möglich, auf der Tribüne der französischen Kammer diese These als eine Doktrin zu verkünden? Welche Kritiken wir Sozialisten auch gegenüber den Friedensverträgen formulieren, so gehören wir doch nicht zu denjenigen, die damit einverstanden sind, sie durch Gewalt- oder Ueberraschungsmethoden zu ändern, die, statt den Frieden zu befestigen, ihn stören müssten. Aus diesem Grunde halten wir die von der Berliner und Wiener Regierung angewandte Methode für bedauerlich. Aber wir fühlen uns ebenfalls ermächtigt, allen denen, die uns glauben machen möchten, dass ein Vertrag wie der Versailler Friedensvertrag hochheilig ist, zu erklären, dass der Rhythmus des Lebens nicht vor den Verträgen halt macht, und dass die Geschichte uns lehrt, dass man einmal den Mut haben muss, die Vertragsbestimmungen den veränderten Umständen anzupassen. Liegt es übrigens nicht im Interesse des Völkerbundes, eventuell eine Abänderung der Verträge zu gestatten? Die Gewalt müsste aber stets ausgeschlossen, und das Ueberraschungsverfahren müsste als eine Gefahr für alle Welt angesehen werden.

Niemand hat bisher das eventuelle Recht Oesterreichs, seinen Anschluss an Deutschland zu verlangen, in Erwägung gezogen. Es ist unbestreitbar, dass in Oesterreich ein deutsches Volk lebt. Wenn dieses deutsche Volk den Wunsch ausdrückt, sich mit Deutschland zu vereinen, so wäre das sein gutes Recht. Es wäre aber seine Pflicht, vor den Völkerbund zu treten und zu sagen: Der Friedensvertrag verbietet nur den Anschluss an Deutschland. Ich kann nicht mehr leben. Ich bitte also um die Genehmigung, mich Deutschland anzuschliessen. Der Völkerbundsrat wäre dann verpflichtet, das Problem zu prüfen. Wenden Sie nicht ein, dass die Regel der Einstimmigkeit im Völkerbundsrat ein Hindernis für den Anschluss sein wird. Das wäre eine traurige Komödie, aber der Völkerbund ist keine Komödie. Wir müssen es begreifen, dass die Oesterreicher aufrichtig ihren Zusammenschluss mit Deutschland ins Auge fassen, und wir müssen es begreifen, dass es in Deutschland Leute gibt, die ohne jeden auf Gewalt gerichteten Hintergedanken ebenfalls eine völlige Gemeinschaft zwischen dem deutschen und dem österreichischen Staat erstreben."

SPD. Sofia, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch abend ernannte der König die Führer der rechtsradikalen Nationalliberalen Smilow und Stawew zum Handels- bzw. Agrarminister. Liaptschew erklärte, der Sgowor werde mit den Nationalliberalen eine Koalition für die Sobranjewahlen abschliessen.

# Aus aller Welt

## Flucht aus dem Teufelsland.

Der Roman des Italieners Blengino - Doppelmörder oder unschuldig Verurteilter?  
Das Zeugnis des Portiers - 21 Tage im Angesicht des Todes.

SPD. Rom, Anfang Mai (Eig. Bericht)

Dieser Tage traf in Bordighera, einem Städtchen an der italienischen Riviera, der italienische Staatsangehörige Blengino ein: einer der wenigen Glücklichen, dem die Flucht aus der französischen Sträflingskolonie Cayenne, die noch immer zur Verschickung französischer Sträflinge dient, gelungen ist. Blengino war im Jahre 1927 wegen Ermordung seiner Frau und seines Kindes in Monaco zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er selbst behauptet seine Unschuld. Die Liga für Menschenrechte hat sich des Falles angenommen. Sie wirft der französischen Regierung, einen italienischen Staatsangehörigen, der in Monaco verurteilt wurde, von der Regierung dieses Landes zur Strafvollstreckung übernommen zu haben, ohne sich um die notwendigen Rechtsgarantien für das Verfahren zu kümmern.

### Blutflecke als Indizien.

Der arme italienische Auswanderer Blengino war in Monte Carlo nach jahrzehntelanger Arbeit und durch unablässiges Sparen zu einem reichen Hotelbesitzer geworden. Heute wäre ihm lieber, er wäre arm geblieben und hätte nicht all das Fürchterliche erlebt, das er im Grunde seinem Reichtum schuldet.

Eines Nachts, es war im November 1926, wurden seine Frau und seine neunjährige Lieblingstochter sterbend in ihrem Blute aufgefunden. Der Mann war herbeigeeilt und hatte seine Frau sofort vom Boden aufgehoben. Dabei wurde sein Hemd von Blut befleckt. Diese Blutflecke zeugten am meisten gegen ihn, obwohl die Frau keineswegs ihn vor dem Kommissar des Mordes anklagte. Aber der hielt ihn sofort für den Mörder, unterliess jede weitere Untersuchung unter den vielen Gästen des Hauses und jede Nachforschung, ob etwa ein Geliebter oder ein anderer der Mörder sei.

Der Hauptbelastungszeuge in dem Prozess gegen Blengino war der Schwager des Angeklagten, den dieser erst als Portier in seinem Hotel eingestellt hatte. Allgemein hiess es, dass dieser Portier sehr geldgierig war und hoffte, durch die Verurteilung seines Schwagers das Hotel übernehmen zu können. Die traurige Hoffnung hat sich in der Tat erfüllt. Und auf die Aussage des Portiers hin wurde Blengino des Doppelmordes für schuldig befunden und auf 20 Jahre in die Verbannung geschickt.

### Reise mit 700 Mördern.

So kam Blengino von Paris aus, wohin er zum Strafvollzug überwiesen war, auf das traurige Sträflingsschiff, das alle paar Monate den Transport seiner lebenden Leichname nach der fernen Insel Cayenne vornimmt. Blengino beschreibt das Schiff: in zwei Riesenkäfige ist es eingeteilt, damit niemand von den Verurteilten sich ins Wasser werfen kann. Mit 700 Mördern macht Blengino die lange Fahrt zusammen. Er schildert Bilder der Verzweiflung und krampfhaften Vergessenwollens unter den Sträflingen, die zudem noch, trotz der geringen Nahrung von zwei Suppen täglich, furchtbar unter der Seekrankheit leiden. In Cayenne angekommen, werden sie in Trupps zu je 15 Mann eingeteilt, die unter ständiger scharfer Bewachung stehen. Sie werden zu Strassen- und Ausrodungsarbeiten in den von giftigem Getier und Sumpffieber erfüllten Wäldern geführt. Blengino erkannte, dass er bei diesem mörderischen Klima bald völlig dahinsiechen müsse. Mit sieben anderen Sträflingen verabredete er die Flucht

Die Eingeborenen sind manchmal zur Hilfe bereit, wenn sie damit Geld verdienen können. Da Blengino noch über beträchtliches Geld verfügte und auch die anderen das ihre zusammenlegten, konnten sie sich ein kleines Boot mit Rudern und einem Segel verschaffen. An einer einsamen Stelle des Strandes sollte es sie erwarten.

#### Zwischen zwei Höllen.

Die Ausbrecher benutzten einen günstigen Augenblick, sich von der Arbeit zu entfernen und trafen sich an der verabredeten Stelle des Strandes. Ein guter Wind trug sie schnell davon. Aber niemand von ihnen verstand etwas vom Segeln. Unterwegs mussten sie erst die notwendigsten Handgriffe lernen. Instrumente zur Orientierung fehlten völlig. Lebensmittel hatten sie nur für zehn Tage mit und auch die mussten schnell rationiert werden. Wasser gab es wenig. So irrten sie 21 Tage auf dem Ozean herum. Sturm überfiel sie und der Untergang war nahe. Windstille kam, und ihre Armen waren zu schwach, ihre Gemüter zu verzweifelt geworden, um noch die Ruder rühren zu können. Der Hölle glaubten sie entflohen zu sein - in einer neuen Hölle schienen sie verschmachten, verhungern, elend untergehen zu sollen. Sie hatten sich nach der Küste von Venezuela retten wollen. Aber auch, als sie nach 21 Tagen endlich Land erblickten, wussten sie nicht, ob sie nicht völlig im Kreis gefahren waren und wieder auf französisches Besitztum stiessen. Es war aber zu ihrem Glück die unter englischer Oberhoheit stehende Antilleninsel Trinidad. Die Leute, die sie ankommen sahen, fürchteten, Gespenster seien ans Land gestiegen. Als aber der Hafenkommisсар sie als Flüchtlinge von der französischen Sträflingsinsel erkannte, wanderten sie zunächst alle auf Monate ins Gefängnis.

#### Die Hilfe des Vizekonsuls.

Was aus den sieben Kameraden geworden ist, weiss Blengino nicht. Ihm half der italienische Vizekonsul. Sein Fall war als der eines wahrscheinlich unschuldig Verurteilten bekannt. Die Regierung sandte ihm den Pass zur Heimkehr in sein Vaterland. Geld bekam er auch genug. So fuhr er auf einem deutschen Dampfer über Hamburg heim. Nun erwartet er in seiner Heimat, falls die Wiederaufnahme seines Prozesses abgelehnt wird, wenigstens die Erfüllung seines Gnadengesuchs, das er dem Fürsten von Monaco eingereicht hat.

+ + +

Ermordung eines Millionärs. In einem Lagerhaus im Haag wurde in einer Pikanokiste der Leichnam des Direktors der Niederländisch-Indischen Zucker-Union, des Millionärs Eschauzier, aufgefunden. Schauzier wurde seit mehreren Tagen vermisst. Der Hals des Toten wies Würgemale auf, das Gesicht war mit einer Chloroform-Maske bedeckt. Als Täter wurden ein 40jähriger Techniker Koning und ein 21jähriger Büroangestellter verhaftet. Die Verbrecher, die fälschlich angenommen hatten, dass Eschauzier Akzente über grosse Geldbeträge bei sich tragen würde, sind geständig.

+ + +

Vier Kinder vergiftet. In Rothwasser (Mähren) vergiftete eine Tischlersfrau in einem Anfall geistiger Umnachtung ihre vier Kinder Lysol; eine verstarb drei liegen im Krankenhaus. Die Täterin wurde verhaftet.

+ + +

Ein interessantes Preisausschreiben. In der Zeit bis zum 30. Juni 1931 veranstaltet der Arbeiter-Lichtbildbund seinen ersten grossen Fotowettbewerb unter dem Motto "Prolaterier". Es wird um die Einsendung von bis zu fünf Bildern gebeten, die sämtlich dem vielseitigen Thema der aktuellen sozialen Reportage angepasst sein müssen. Die Einsendungen müssen an die Adresse: Fritz Müller, Hannover=Linden, Weidestrasse 8 erfolgen. Es sind Geldpreise ausgesetzt.

+ + +

Historischer Münzenfund. In der Nähe von Bar-le-Duc (Frankreich) wurde durch einen Pflug ein Gefäss freigelegt, das 1240 Silbermünzen enthielt, die aus dem 4. Jahrhundert unserer Zeitrechnung stammen. Die Fundstelle liegt am Kreuzungspunkt von zwei früheren Römerstrassen.

Eine Windmühle gestohlen. Ein Mühlenbesitzer aus dem Dorfe Geneolki (Krs. Slupca, Polen) erschien bei der Polizei und meldete, dass seine Windmühle während der Nacht gestohlen worden sei. Er konnte auch die Namen der Diebe nennen. Es waren die Hersteller der Mühle, die von dem säumigen Besitzer noch kein Geld erhalten hatten und nun kurzer Hand die Mühle "konfiszierten".

In den Schacht gesprungen. auf der Grube "Salomon" in Mährisch-Ostrau verübte ein 22jähriger Bergarbeiter Selbstmord, indem er nach Schluss der Schicht in den 700 Meter tiefen Schacht sprang. Er wurde zerschmettert aufgefunden.

Hugenberg verurteilt. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Hugenberg wurde am Mittwoch vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Beleidigung des früheren Reichsinnenministers Severing und wegen Beleidigung von Beamten des Reichsinnenministeriums sowie der preussischen, braunschweigischen, anhaltischen und schaumburg-lippischen Innenministerien zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt; der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 1500 Mark. Dem Reichsminister und den Länderregierungen wurde Publikationsbefugnis zugesprochen. Hugenberg wurde der Beleidigung für schuldig befunden, weil er in seinen Zeitungen einen von ihm verfassten Artikel über das Young-Plan-Volksbegehren veröffentlicht hatte, in dem er dem Wunsche Ausdruck gab, dass das Ergebnis des Volksbegehrens "inzwischen nicht all zu sehr retouchiert" werden würde. Schon vor einiger Zeit wurden wegen dieser Aeusserungen mehrere verantwortliche Redakteure Hugenbergs zu Geldstrafen verurteilt. Gegen Hugenberg selbst war die Verhandlung zunächst ausgesetzt worden, weil er sich durch Krankheit entschuldigt hatte. Vor Gericht hielt er nun eine grössere politische Rede, die in der Behauptung gipfelte, dass ihm die Absicht der Beleidigung ferngelegen habe. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft brachte zum Ausdruck, dass ihm für eine derartige Einstellung alles Verständnis fehle. Hugenbergs Schreibweise habe auf die Möglichkeit einer Verfälschung des Ergebnisses des Volksbegehrens hingeezielt, wofür selbstverständlich keinerlei Beweise hätten erbracht werden können.

Hochzeit auf Skiern. Der bekannte Bergführer Josef Hillebrand aus Meran beschloss, seine Hochzeit auf ganz originelle Art zu feiern. Da seine Braut ebenfalls eine leidenschaftliche Alpinistin ist, wurde die Trauung in der über 2 000 Meter Höhe gelegene Kirche auf dem Monte Ifinger vollzogen. Priester, Brautleute und Hochzeitsgäste mussten sich auf Skiern zur Kirche begeben, weil die Schneezone hier noch immer eineinhalb Meter beträgt.

Kampf mit Adlern. In der Nähe eines Sees bei Orte in Italien wurde ein Fink, das auf dem Acker seines Vaters spielte, von einem Adler angefallen. Der Vater und dessen Bruder eilten auf die Angstschreie des Mädchens hinzu und gelang ihnen, den Adler mit Stockschlägen zu töten. Während des Kampfes stiegen noch zwei andere mächtige Adler herab, um ihrem Gefährten zu Hilfe zu kommen. Nur nach grossen Mühen gelang es den Männern, die selbst schwer verletzt wurden, die Vögel zu verscheuchen. Der getötete Adler hat eine Flügelspannung von drei Metern.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Unter falscher Flagge.

Zur Betriebsrätewahl bei der Reichspost.

SPD. Am Sonnabend beginnen die Betriebsrätewahlen bei der Deutschen Reichspost. Kommunisten und Nationalsozialisten, denen die bisherigen Wahlerfolge des Gesamtverbandes bei den Kommunal- und vor allem bei den Verkehrsbetrieben schwer im Magen liegen, haben zu einem neuen Angriff auf die Position der freien Gewerkschaften alle Kraft aufgeboten. Sie lügen um die Wette, um ihre im bisherigen Verlauf der Betriebsrätewahlkampagne erzielten Misserfolge wieder wettzumachen. Ob sie Glück haben werden? Sie glauben es. Vor allem hoffen die Nazis Wahlgeschäfte zu machen.

Schade, dass die Hitlerbrüder es nicht wagen, mit offenem Visier zu kämpfen. Sie verstecken sich hinter der "Deutschen Postgewerkschaft". Würden sie mit einer eigenen Liste hervortreten, dann könnte man sie ganz anders beim Schopf packen. So aber können sie sich unter den Fittichen einer sogenannten neutralen Vereinigung verkriechen und im Dunkeln weiterwählen.

Die "Deutsche Postgewerkschaft" hat sich eine schöne Laus in den Pelz gesetzt. Aus Angst, von den Nazis aufgeessen zu werden, hegt sie die Nazis, so dass diese sich ins gemachte Bett legen können. Auf der Vorschlagsliste mit dem Kennwort "Deutsche Postgewerkschaft" zur Wahl des Zentral-Betriebsrats bei der Reichspost steht an zweiter Stelle sogar ein gelber Hitlermann, ein gewisser Eugen Marquardt. Er war im Mai vergangenen Jahres Spitzenkandidat der Gelben und arbeitete bis zum letzten Herbst für den gelben "Reichsbund deutscher Arbeiter". Im Herbst 1930 gingen die Gelben zu den Nazis, und Herr Marquardt fiel sofort die Treppe hinauf. Die Stimmen, die auf die Liste mit dem Kennwort "Deutsche Postgewerkschaft" fallen, werden nach den Wahlen den Nazis für sich reklamieren und zum Teil nicht mit Unrecht. Damit ist aber für die kämpfende Postarbeiterschaft das Kampffeld klar. Wer nicht sein eigener Totengräber sein will, wer nicht die Todfeinde der Gewerkschaften, die Scharfmacherlakeien des Herrn Hitler unterstützen will, der kann nur die Listen des Gesamtverbandes, Reichsabteilung Post und Telegraphie wählen.

Der Gesamtverband ist kein zweideutiges Ding wie die sogenannte neutrale "Deutsche Postgewerkschaft". Beim Gesamtverband weiss jeder, woran er ist. Der Gesamtverband kämpft mit offenem Visier. Der Gesamtverband ist ein Verband, der sich mit seinen Leistungen sehen lassen kann. Die Unterstützungsleistungen des Gesamtverbandes an seine Mitglieder betragen im Jahre 1930 nicht weniger als 9 080 191,38 Mark. Gewährt wurde an Arbeitslosenunterstützung 2 788 431,19 Mark an Krankenunterstützung 3 333 770,64 Mark, Todesfallunterstützung 811 231,97 Mark Notfallunterstützung 384 379,08 Mark, Reiseunterstützung 21 393,74 Mark. Rechtschutzunterstützung 390 868,00 Mark, Streikunterstützung 237 265,16 Mark, Gemassregeltenunterstützung 30 977,98 Mark, Umzugsunterstützung 17 586,25 Mark, Invalidenunterstützung 168 678,05 Mark und Weihnachtsunterstützung 895 509,32 Mark. Die Leistungen des Gesamtverbandes zeigen, dass seine Mitglieder in allen Lebenslagen an ihrer Gewerkschaft einen tatkräftigen Helfer haben. Die Deutsche Postgewerkschaft zahlt keinen Pfennig Arbeitslosenunterstützung. Und zwar deswegen nicht, weil sie ihre Mitglieder, wenn sie von der Post auf die Strasse gesetzt werden, einfach aus der Organisation hinauswirft. Eine saubere Gewerkschaft, die ihr Mitglied im Augenblick der Not im Stich lässt. Sie zahlt ihren

Mitgliedern bei Krankheit, Umzug, bei dauernder Invaliddität und im Alter keinen Pfennig Unterstützung. Sie ist nur darauf versessen, die Beiträge einzukassieren, und damit sie dabei ja nicht zu kurz kommt, lässt sie den Beitrag durch die Postverwaltung direkt vom Lohn abziehen. Dadurch können die Propagandisten der Nazis, die in den einflussreichen Stellen der Reichspost sitzen, kontrollieren und schikanieren. Kein Wunder, dass heute die Reichspost in dem üblen Geruch steht, naziverseucht zu sein.

Die "legalen" Nationalrevolutionäre brauchen für ihre Zwecke die Reichspost. Sie ist ihnen ein wichtiger Punkt in ihren Putschplänen. An den Interessen des Postpersonals liegt ihnen gar nichts. Die Nazis haben andere Sorgen als die Vertretung von Arbeiterinteressen. So hat der Leiter der Postbetriebszellenorganisation, der Nazipostinspektor und Reichstagsabgeordnete Sprenger in der Sitzung des Verwaltungsrates vom 25. Februar dieses Jahres 12 Millionen "vorwiegend zum Ausgleich der anerkannt unerträglichen Beförderungsverhältnisse der gehobenen mittleren Beamten" gefordert. Im Reichstag ist er für die Grosspensionäre und pensionierten Genräle eingetreten. Seine Sorge gilt den gehobenen Existenzen; die Zusammenbrechenden lässt er ruhig zusammenbrechen. Was sollen sich solche Leute für Betriebsrätefragen interessieren? Sie sind ihnen höchstens Stoff für irgend einen Propagandaprozess, wie sie ihn z.B. dieser Tage wieder gegen die Berliner Verkehrs-Gesellschaft geführt und soeben vor dem Berliner Landesarbeitsgericht verloren haben. Das Pharisäerpack brachte es fertig, ohne Beweise sich über Entlassungen angeblich nationalsozialistischer Arbeiter zu beschweren. Dabei wird in den nationalsozialistischen Betriebszellenanweisungen ganz offen dazu aufgefordert, alle nichtnationalsozialistisch eingestellten Arbeiter brotlos zu machen. Dieselben Herrschaften, die systematisch die Arbeitsvermittlung politisieren wollen, schreien Zeter und Mordio, wenn irgend wo ein Nazimann abgebaut wird. Dieselben Herrschaften, deren Hitler am 22. Mai 1930 zu Otto Strasser gesagt hat, die Arbeiter hätten kein Recht auf Anteil an der Leitung der Betriebe, deren Programmierer Feder verkündet hat, "Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben", stehe "in unversöhnlichem Gegensatz zu - der - Grundforderung des Nationalsozialismus", haben die Dreistigkeit, sich an - Betriebsrätewahlen zu beteiligen.

Nur ein Grünschnabel, der von Gewerkschaftsfragen und von sozialpolitischen Dingen keine blasse Ahnung hat, kann heute noch auf den Schmus der Nazis hereinfliegen, die, von Unternehmern gehalten, - wer zahlt denn die Parteipaläste in München und die Spesen für den ungeheuren Versammlungsklammak? - die Aufgabe haben, die Gewerkschaften zu unterminieren und mit Gesetzen, die wie das Betriebsrätegesetz für die Unternehmer reichlich unangenehm sind, radikal aufzuräumen.

Mit dem Nazikoller in der Reichspost muss Schluss gemacht werden. Die Reichspostarbeiter müssen für klare Verhältnisse sorgen und mit der neutralen Maskierung der Nazis aufräumen. Der einzige Weg dazu ist die Stärkung der freigewerkschaftlichen Position. Ueberall sind bis jetzt die Nazis bei den Betriebsrätewahlen glatt abgefallen. Warum nicht auch bei der Reichspost?

SPD. Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat am Mittwoch nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Dr. Völter einstimmig eine Entschliessung zur Gehaltsabbaufrage angenommen. Sie lautet: Der von der Reichsregierung eingeleitete allgemeine Abbau der Löhne und Gehälter hat nicht zu der erstrebten Belebung der Wirtschaft geführt. Er konnte nicht dazu führen, da er durch Verringerung der Massenkaufkraft die Beschäftigungslosigkeit der Industrie und der übrigen Wirtschaftszweige weiter vergrössern musste. Der Bundesausschuss hält sich daher für verpflichtet, die Reichsregierung auf das eindringlichste vor der Durchführung einer neuen Kürzung der



Beamtengehälter zu warnen. Er lehnt einen solchen weiteren Abbau der Beamtenbezüge ab. Die Beamten der unteren und mittleren Gruppen, die heute schon vielfach in Not und Schulden geraten sind, können eine weitere Verschlechterung ihres Lebensstandards nicht ertragen, zumal auf der anderen Seite wichtige Lebensmittel bereits wieder im Preise steigen und insbesondere die Wohnungsmieten schon jetzt von diesen Beamtengruppen kaum noch bestritten werden können. Hinzu kommt, dass die völlig ungerechte und unsoziale Form des gegenwärtigen 6%igen Gehaltsabzuges gerade die am schlechtesten gestellten Beamten am schwersten belastet.

Der Bundesausschuss weist die Angriffe auf die Beamtenschaft, die neuerdings wieder von einem Teile der Öffentlichkeit in völlig verständnisloser Weise erhoben werden und die mehr und mehr zu einer wahren Beamtenhetze ausarten, auf das schärfste zurück und bedauert, dass die Reichsregierung diesen Treibereien nicht entschiedener entgegentritt. Die Beamtenschaft gewinnt dadurch den Eindruck, dass die massgebenden Stellen diese mit unsachlichen Mitteln erzeugte öffentliche Stimmung zur Rechtfertigung für eine weitere Herabdrückung der Lebenshaltung der Beamtenschaft benutzt. Die Beamtenschaft, die in der vergangenen Jahren zahlreiche Opfer bringen musste, verwahrt sich gegen eine solche Behandlung, die nicht geeignet ist, das Vertrauen zwischen ihr und den leitenden Stellen im Staate zu befestigen.

Der Bundesausschuss betont nochmals die vom ADB und seinen Verbänden stets vertretene Auffassung, dass die Beamtenschaft das grösste Interesse an einer geordneten Finanzwirtschaft in den öffentlichen Körperschaften hat. Die Beamtenschaft kann aber erwarten, dass die notwendige Sanierung nicht fortgesetzt in erster Linie auf Kosten der Beamtenbesoldung als dem Punkte des schwächsten Widerstandes durchgeführt, sondern dass dort gespart wird, wo in der heutigen Notzeit Ausgaben unterbleiben können, und dass die Mittel zur Ueberwindung der gegenwärtigen Krise durch gerechte Verteilung unter Heranziehung aller, insbesondere der tragfähigen Schichten aufgebracht werden.

Der Bundesausschuss bringt ferner zum Ausdruck, dass der ADB und seine Verbände den Kampf um eine Herabsetzung der überaus langen Dienstsichten und Arbeitszeiten im Reichsbahnbetriebe und in den übrigen Verwaltungen und Betrieben nachdrücklich unterstützt. Bei dem heutigen Stande der Arbeitslosigkeit geht es nicht länger an, dass auf der einen Seite ein Teil des Personals übermässig beansprucht wird, während auf der anderen Seite Kurzarbeit und Feierschichten eingeführt werden.

SPD. In Amsterdam tagt zur Zeit der 4. Internationale Privatangestelltenkongress. Die Privatangestellten-Internationale umfasst, wie ihr Vorsitzender Urban-Berlin auf dem Kongress mitteilte, heute 47 Verbände in 20 Ländern mit insgesamt 900 000 Mitgliedern.

Der Generalsekretär des IGB Schevenels unterstrich in seinem Begrüssungswort die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Hand- und Kopfarbeitern zur Bekämpfung der faschistischen Gefahr, Reichstagsabgeordneter Aufhäuser-Berlin, der als Vertreter der technischen Angestellten dem Kongress beiwohnt, setzte sich nachdrücklich für die Anbahnung internationaler Aktionen der Arbeiter und Angestellten ein. Der Tätigkeitsbericht des internationalen Sekretärs der Privatangestellten Smit wurde einstimmig angenommen. Smit betonte, dass die Internationale, wie aus dem Anschluss der englischen Zeichner in der Schiffsbau- und Maschinenindustrie und aus den mit Spanien und verschiedenen ausser-europäischen Ländern geführten Verhandlungen hervorgehe, auf dem besten Wege sei, eine weltumspannende Organisation der Techniker sowie der Handels- und Büroangestellten zu werden. In Europa sei vor allem in Polen und Rumänien neues Feld für die Organisation gewonnen worden. Die Privatangestellten-Internationale habe enge Fühlung mit Genf. Dem Verwaltungsrat des IAA gehörten vier

Vertreter der Angestellten-Internationale an. Ihr sei es zu verdanken, dass auf der Genfer Arbeitskonferenz des vergangenen Jahres ein internationales Abkommen über die Arbeitszeit im Handel und in den Büros angenommen wurde.

Mit grosser Begeisterung wurde vom Kongress der spanische Delegierte Ramon Rafols Cami begrüsst.

+

Der Allgemeine Niederländische Angestelltenverband beschloss die Schaffung einer pensionskasse für alte und arbeitsunfähige Angestellte. Für die Pensionskasse sind bereits rund 8 500 Gulden aufgebracht.

-----

SPD. Von den Betriebsrätewahlen im Reichsbahndirektionsbezirk Köln liegen aus 226 Dienststellen von insgesamt 285 die Ergebnisse vor. Danach erhielten der Einheitsverband 9 716, die Christen 6 158, Hirsch-Duncker 2 092, die RGO 2 734 Stimmen. Überall dort, wo die Kommunisten bisher einflussreich vertreten waren, erlitt die RGO schwere Niederlagen. Im Reichsbahnausbesserungswerk Opladen fiel ihre Stimmzahl von 550 im Vorjahre auf 358; dagegen erhielten der Einheitsverband 344 gegen 273, die Christen 293 gegen 209 und die Hirsch-Duncker'schen 173 gegen 100 Stimmen. Im Reichsbahnausbesserungswerk Jülich ging die RGO von 278 auf 114, in Widdau von 427 auf 314 Stimmen zurück.

Die Betriebsratswahlen im Reichsbahndirektionsbezirk Essen hatten folgendes Ergebnis: für den Bezirks-Betriebsrat erhielten Stimmen: Einheitsverband 5 895, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner zusammen mit dem Allgemeinen Eisenbahnerverband 4697, RGO 663, Nazi 643, Ungültig 386 Stimmen.

Bei der Wahl zum Hauptbetriebsrat erhielten Stimmen: Einheitsverband 5885, Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner 4468, Allgemeiner Eisenbahnerverband 279, RGO 667. Die Nazi-Stimmen waren sämtlich ungültig.

Die Wahlen zum Bezirksbetriebsrat bei der Reichsbahndirektion Hannover brachten für den Einheitsverband einen ausserordentlichen Erfolg. Auf die Liste des Einheitsverbandes entfielen 7620 Stimmen, auf die Gemeinschaftsliste der Christen und Hirsche 1594 Stimmen und auf die RGO 302 Stimmen. Die Nazis hatten es nicht gewagt, eine eigene Liste aufzustellen. Für ihre Hauptbetriebsratsliste wurden 6 Stimmen abgegeben.

-----

SPD. Die Sozialversicherung steht zur Zeit in einem schwarzen Abwehrkampf gegen die Sozialreaktionäre. In einer solchen Situation bringt es nun eine Zeitung wie das "Berliner Tageblatt", d.h. ein Organ, das ernst genommen werden will, fertig, eine Notiz zu veröffentlichen, die die Überschrift trägt: "Das Defizit der Sozialversicherung beträgt 20 Milliarden Mark!" Die Notiz stützt sich auf irgendeine Aeusserung des Generaldirektors des Allianz-Konzerns Dr. Schmidt.

Das Ganze ist nichts anderes als grober Unfug; denn mit theoretischen Versicherungsmathematischen Berechnungen, bei denen das vor dem durch die Inflation notwendig gewordenen Umlageverfahren einfach beiseite geschoben wird, kann man, wenn man will, noch grössere Defizitsummen errechnen. Was sollen diese Phantasieberechnungen? Sie können höchstens die Bevölkerung beunruhigen. Panikmache sollte ein Blatt wie das "Berliner Tageblatt", das doch angeblich für die Sozialversicherung eintreten will, lieber den Hugenbergern überlassen.

-----



## Wirtschaftspolitik in Genf.

(Vor handelspolitischen Entscheidungen.)

SPD. Am 15. Mai beginnt in Genf die Tagung des Europäischen Studienausschusses des Völkerbundes, die sich auf deutschen Antrag hin mit "der Entwicklung der Zollverhältnisse in Europa" zu befassen hat. Andererseits wird der Völkerbundsrat auf Antrag der englischen Regierung die politische und völkerrechtliche Seite des deutsch-österreichischen Zollunionprojektes erörtern. Mittelpunkt der Verhandlungen ist die Frage der Zollunion.

Das Projekt hat in der europäischen Öffentlichkeit eine sehr ungünstige Aufnahme gefunden. Man hat seine rechtliche Zulässigkeit angezweifelt und den Plan aus politischen und wirtschaftlichen Erwägungen heraus bekämpft. Wir sind der Auffassung, dass die Beilegung des so entstandenen Konflikts dadurch erleichtert werden kann, dass im Rahmen der Genfer Verhandlungen zunächst die wirtschaftlichen Fragen zur Erörterung gelangen. Deutschland und Österreich werden so Gelegenheit erhalten, Motive und Zweck der Zollunion vor Europa und der ganzen Welt auseinanderzusetzen. Zugleich kann man dann die Gegenvorschläge Briands und des tschechischen Aussenministers Benesch zur Diskussion stellen.

Der deutsche Aussenminister hat bereits erklärt, dass die deutsche und die österreichische Delegation "alle anderen Vorschläge und alle umfassenden Pläne für die Sanierung der europäischen Wirtschaft begrüßen und sich intensiv an solchen Arbeiten beteiligen werde". In dem breiten Rahmen des Europa-Komitees scheint die Möglichkeit gegeben, zunächst die wirtschaftlich-sachlichen Meinungsverschiedenheiten auszutragen und nicht gleich die Erörterung auf hochpolitische Gegensätze und juristische Auslegungen zuzuspitzen. Es liegt auch im stärksten deutschen Interesse, in Genf einen Ausgleich zu erreichen und möglichst die formal-rechtliche Austragung zu vermeiden. Wenn in Genf keine Einigung erzielt wird, so würde die jetzt eingetretene deutsch-französische Spannung und Isolierung Deutschlands fortbestehen. Aber der engeren deutsch-österreichischen Wirtschaftsgemeinschaft wäre damit wenig gedient; der Plan würde an das Haager Schiedsgericht verwiesen und unerfreuliche politische und juristische Verhandlungen würden die Verwirklichung der deutsch-österreichischen Pläne lange hinauszögern.

Die sozialistische Internationale hat bei entschiedener Zurückweisung der Machteinsprüche einzelner Länder die Einordnung des deutsch-österreichischen Planes in die gesamte handelspolitische Neugestaltung Europas gefordert. Damit ist ohne Zweifel ein gangbarer Weg gewiesen.

Von diesem Gesichtspunkt aus müssen auch die positiven Vorschläge der Gegenseite Förderung finden. Wir halten z.B. eine internationale Vereinbarung über die bevorzugte Behandlung des südosteuropäischen Getreides für eine glücklichere und ungefährlichere Lösung zur Behebung der Agrarnot als ein separates Vorgehen Deutschlands. (Präferenzzöllen für Agrarerzeugnisse usw.) Nachdem die letzte Konferenz der kleinen Entente erneut die sofortige Durchführung dieses Vorzugszollsystems für landwirtschaftliche Erzeugnisse gefordert hat, wird man in Genf in dieser Frage und über die internationale Finanzhilfe (Agrarkredit) zu Entscheidungen kommen müssen.

Die Frage der "regionalen Abkommen" wird erneut zur Diskussion stehen,

nachdem Oesterreich mit Italien und Ungarn regionale Sonderabkommen mit gewissen Zollrückvergütungen, Frachtvergünstigungen und Kreditabkommen getroffen hat. Wir möchten allerdings nicht die grundsätzlichen schweren Bedenken gegen ein derartiges System regionaler Abkommen verhehlen, durch die die Meistbegünstigung, d.h. die Gleichheit der internationalen Wettbewerbsbedingungen weiter durchlöchert wird und die Gefahr sich bekämpfender Staatenblocks anstelle eines wirtschaftlich geeinten Europas gegeben erscheint.

Die Vorschläge Briands sind bisher nicht veröffentlicht worden. Anzunehmen ist, dass sie sich in ähnlicher Richtung bewegen werden wie Beneschs Ideen. Dieser forderte ausser einer internationalen Vereinbarung über Getreidevorzugszölle umfassende staatliche geregelte Abkommen der grossen Industriezweige über den Umfang der Produktion und über die Absatzmärkte, internationale Vereinbarungen der Industriestaaten zur Einschränkung der Arbeitszeit mit dem Ziel der Milderung der Arbeitslosigkeit und die sofortige Inkraftsetzung der Zollfriedenskonvention. Eine internationale Reglementierung der Produktion ist ein wichtiges Zukunftsziel, das sich nur allmählich verwirklichen lassen wird. Angesichts 20 Millionen Arbeitsloser ist die internationale Verkürzung der Arbeitszeit dringlichst geboten, wie ja auch der Internationale Gewerkschaftsbund erneut mit Nachdruck die 40-Stunden-Woche zur Forderung erhoben hat. Auch die Inkraftsetzung der Genfer Zollfriedenskonvention müsste bei gutem Willen der Beteiligten ohne grosse Schwierigkeiten durchzuführen sein. Wenn man dieses Abkommen entsprechend der Senkung der Grosshandelspreise und der Erhöhung des Goldwertes mit einer allgemeinen Abwertung der Zölle um etwa 20 bis 25 % verbinden könnte, wäre wirklich ein Vorstoss zur Abtragung der Zollmauern gemacht.

Die Diskussion über den Zollunionsplan würde also wesentlich erleichtert, wenn er in eine derartige umfassendere internationale Zollabbauaktion eingereiht würde; ausserdem sollten die beiden Partner, Deutschland und Oesterreich, klar zu verstehen geben, dass das neue Zollunionsgebiet sich nach aussen nicht absperren wird, sondern zur Abtragung der Aussenzölle bereit ist, wobei berechnigte Interessen einzelner Länder, wie z.B. der Tschechoslowakei, besonders berücksichtigt werden können.

Wenn die kommenden internationalen Verhandlungen von dem Geiste ehrlicher wirtschaftlicher Verständigung der Völker getragen sind, so könnten diese, trotz des Missklangs, der ihnen vorausgegangen ist, doch wertvolle wirtschaftliche Ergebnisse bringen. Wenn es gelingen sollte, eine gesamteuropäische Aktion zur Abtragung der Zölle, zur gegenseitigen Hilfe der europäischen Industrie- und Agrarstaaten, des Ausgleichs zwischen kapitalreichen und kapitalarmen Ländern in Gang zu bringen und, darin eingeordnet, die deutsch-österreichische Zollunion in der Grundidee aufrecht erhalten bliebe, so wäre die europäische Welt dem Endziel der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein Stück näher gebracht.

-----

SPD, Nachdem der Youngplan die internationalen Bindungen der Reichsbank gelockert hatte, wurde die Reichsbank im neuen Bankgesetz ermächtigt, öffentliche Anleihen, die bisher von der Beleihung ausgeschlossen waren, zu lombardieren. Der ursprüngliche Entwurf des neuen Bankgesetzes hatte die Reichsbanklombardfähigkeit den Reichs- und Länderanleihen vorbehalten wollen. Es ist aber im Reichsrat und im Reichstag gelungen, auch für die Kommunalanleihen die Reichsbanklombardfähigkeit durchzusetzen.

Nun erklärt die Reichsbank in ihrem letzten Verwaltungsbericht, dass von der Ermächtigung zur Beleihung von öffentlichen Anleihen bisher nur zugunsten des Reichs Gebrauch gemacht wurde. Es ist bekannt, dass sich die Reichsbank der Ausdehnung der Lombardfähigkeit auf die Kommunalanleihen widersetzt hat, aber es ist nicht zu verstehen, warum sie sich auch jetzt noch dem ausdrück-

lichen und übereinstimmenden Willen des Reichstags und des Reichsrats wider-  
setzt. Wie lange soll der Zustand noch fortbestehen, dass die Kommunalanleihen  
von der Reichsbank schlechter behandelt werden als die Pfandbriefe der pri-  
vaten Hypothekenbanken, die seit jeher die Reichsbanklombardfähigkeit besitzen.  
Im Interesse des noch immer schwer bedrängten Kommunalkredits und der noch im-  
mer unter den Pfandbriefen stehenden Kurse der Kommunalanleihen ist zu fordern  
dass die Reichsbank endlich auch praktisch die Lombardfähigkeit der Kommunal-  
anleihen anerkennt, wenn ihr natürlich auch das Recht zugestanden werden muss,  
einen zu starken Andrang zum Lombard abzuwehren.

SPD. Der Mannesmann-Konzern schliesst mit der Veröffentlichung seines Ge-  
schäftsberichts den Reigen der grossen Montanabschlüsse für 1930. Da das Ge-  
schäftsjahr bei Mannesmann im Gegensatz zum Stahltrust und den anderen grossen  
Montankonzernen bis zum Jahresende geht und nicht zum 30. September abschliesst,  
umfasst der vorliegende Jahresabschluss bereits die drei schwersten Krisenmo-  
nate der Eisenwirtschaft im letzten Jahr, die Zeit von Oktober bis Dezember  
1930. Nichtsdestoweniger weist der Geschäftsabschluss der Mannesmann-Röhrenwer-  
ke weitaus geringere Krisenwirkungen auf als die übrigen Montanunternehmen.

Der Betriebsgewinn erscheint mit 41,8 gegen 46 Millionen Mark, der Rein-  
gewinn, der mit 14,2 gegen 16 Millionen im Vorjahr ausgewiesen wird, liegt noch  
über dem guten Ergebnis von 1928. Das Gleiche gilt, trotz der Senkung der Di-  
vidende von 7 auf 6 Prozent, für die Dividendensumme. Diese ist zwar geringer  
als 1929; sie beträgt für das jetzt abgeschlossene Krisenjahr 9,9 gegen 9,8  
Millionen im Jahre 1928.

Diese bemerkenswerte Krisenfestigkeit zeigt sich auch in der Entwicklung  
der für den Gesamtkonzern entscheidenden Betriebe der Röhrenwalzwerke. Aller-  
dings ist der Umsatz dieser Werke auf 82 Prozent des Vorjahres gesunken. Be-  
rücksichtigt man aber, dass Mannesmann auf Grund seiner besonderen Qualitäten  
auf diesen Gebieten in den Jahren 1927/29 den Umsatz in seinen Röhrenwerken um  
insgesamt 38 Prozent steigern konnte, so ergibt sich für das Krisenjahr 1930  
immer noch eine Umsatzhöhe von 113,1 Prozent gegen 100 Prozent in der Stahl-  
konjunktur des Jahres 1927. Der Auftragsbestand sank bis Ende Dezember 1930  
allerdings auf 59 Prozent des Vorjahres. Die übrigen Walzbetriebe waren durch-  
aus ungleich beschäftigt. Während der Mengenabsatz der Grobblechwerke nur um  
5 Prozent zurückging, verringerte sich der Absatz bei den Feinblechen um 25 %  
und bei den Mittelblechen sogar bis zu 40 Prozent. Die Kohlenförderung ver-  
ringerte sich um 13,1 Prozent, also etwas weniger als im Reichsdurchschnitt.

Die Belegschaft ist im Berichtsjahr weiterhin von 20 931 auf 19 251 Mann  
gesunken; jedoch ist das Ausmass des Abbaues erheblich geringer als bei den  
anderen grossen Stahl- und Zechenbetrieben. Allerdings hat die Rationalisierung  
bei den Mannesmann-Röhrenwerken seit vier Jahren zu einer fortgesetzten Ein-  
schränkung der Belegschaft geführt, die trotz deren gewaltigen Werksausbauten  
des Konzerns zurzeit um 17 Prozent unter dem Stand von 1927 liegt.-

Zu der Frage des Weltröhrenkartells, dessen Vertrag am 31. März nächsten  
Jahres abläuft, erklärt die Verwaltung, dass sich das Kartell in seiner bis-  
herigen Arbeit ungeachtet aller durch die Krise hervorgerufenen besonderen  
Schwierigkeiten gut bewährt habe. Die Verhandlungen über Verlängerung des Kar-  
tells, auch der Teilverträge mit Kanada, England und den Vereinigten Staaten,  
sind bereits im Gange.

SPD. Die Adlerwerke, die einen Bruttoüberschuss von etwa 8 Millionen ausweisen (gegenüber 9,8 Millionen im Vorjahr), geben einen wichtigen Ueberblick über die Entwicklung des Autogeschäfts. Danach hat sich bei Adler im April und Mai das Geschäft gebessert. Die Kapazität, die etwa 15 000 Wagen betrug, wird aber nur zu etwa zwei Dritteln ausgenutzt. Die Aufnahmefähigkeit des deutschen Automobilmarktes sei im verflossenen Jahr 20 % geringer gewesen als im Jahre 1929. Trotzdem habe Adler seinen Anteil halten können. Wertmässig sei aber ein Umsatz von 15 % eingetreten. Dem entspricht eine stärkere Verbilligung der Herstellungs-kosten.

Das Schreibmaschinengeschäft war schlecht, besonders deshalb, weil die öffentliche Hand infolge der bekannten Finanznöte nicht kaufen konnte. Es zeigen sich hier die Schattenseiten der Unternehmerpolitik, die der Geldbeschaffung der öffentlichen Hand mit fast unverständlichem Eifer so manches Hindernis in den Weg zu legen wusste.

SPD. Die Bilanz des Linoleumtrusts (Deutsche Linoleumwerke A.G. in Berlin) leuchtet ein wenig in die Labyrinth moderner Industriemonopole. Der Trust, der sich seinerzeit einem Preisabbau in Deutschland ganz energisch widersetzt, verringert seine Dividende von 15 auf 5 %. Im gesamten Konzern ist der Umsatz auch um etwa 15 %, in Deutschland sogar um 18 % zurückgegangen. Trotzdem liegen die Gewinne noch über Vorjahreshöhe. Warum? Weil der Trust mit der Zeit die Produktion in ganz Europa aufgekauft hat, den Markt beherrscht und die Preise diktieren kann. Es wurde konsequent der Grundsatz verfolgt: Geringerer Umsatz aber grösster Nutzen.

Der Bruttogewinn wird, trotz Umsatzrückgangs, mit 12,45 Millionen Mark gegenüber 12,86 Millionen im Vorjahr ausgewiesen. Er muss grösser gewesen sein, weil schon vorher Abschreibungen vorgenommen worden sind. Zu den Vorherabschreibungen und den regulären Abschreibungen kommt eine Sonderabschreibung von über 5½ Millionen Mark. Da steckt der Pferdefuss der Trustpolitik. Um seine Preispolitik durchzuführen, musste der Trust Werke aufkaufen, so in Frankreich, Holland usw. Diese Werke waren nicht billig. Man hat die Werke überbezahlt (Expansionsverluste) und muss jetzt abschreiben. Zu diesem Zweck werden von den Sonderabschreibungen nicht weniger als 5,25 Millionen benutzt.

Trotzdem ergibt sich immer noch ein Reingewinn von 3,26 Millionen gegenüber über 8,62 Millionen im Vorjahr. Berücksichtigt man die Abschreibungspolitik, dann liegt sogar noch eine Steigerung des Reingewinns vor. Angesichts einer solchen Politik muss man sich fragen, ob die Regierung denn wirklich keine Machtmittel hat, um hier eine Anpassung der Monopolpreise an die wirkliche Wirtschaftslage und an den Stand der Kaufkraft zu erzwingen?

SPD. Die Reichspostanleihe (Ausgabe von 6%igen Schatzanweisungen, rückzahlbar am 1. Oktober 1933), durch die sich die Reichspost 150 Millionen beschaffen wollte, hat nicht die vorgesehene Summe erbracht. Wie die Reichspost mitteilt, sind aber durch das Ergebnis der Anleihe die Beträge von zusammen 100 Millionen beschafft worden, die für die Rückzahlung der fälligen Reichspostschatzwechsel im Juni und Juli benötigt werden. Die Bezahlung der gezeichneten Beträge hat am 20. Mai 1931 zu erfolgen.



Weiter tot.

(Berliner Getreidebörse vom 13. Mai)

SPD. Die Situation an der Berliner Produktenbörse hat sich auch am Mittwoch nicht geändert. Bei der herrschenden Unsicherheit ist jegliche Unternehmungslust zum Erliegen gekommen. Das Angebot an promptem Weizen und Roggen blieb äusserst gering, konnte jedoch nicht immer die letztnotierten Preise voll erzielen. Auch am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich bei sehr kleinen Umsätzen leichte Preisabschwächungen für beide Brotgetreidearten. Das Mehlgeschäft ist fast völlig zum Erliegen gekommen. Lediglich für den dringendsten Bedarf wurde Ware zu kaum veränderten Preisen gekauft. Für Hager wurden von den Eignern hohe Forderungen gestellt. Da der Konsum diese nicht bewilligte, blieb auch hier das Geschäft sehr klein.

	<u>12. Mai</u>	<u>13. Mai</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	-
Roggen	194 - 196	194 - 196
Braugerste	-	-
Futter- und Industrierogerste	230 - 244	230 - 244
Hafer	199 - 203	197½ - 201½
Weizenmehl	33,50-39,50	33,50-39,50
Roggenmehl	26,75-28,50	26,75-28,50
Weizenkleie	14,25-14,50	14,50-15,00
Roggenkleie	14,75-15,00	14,75-15,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 297-298 (Vortag: 297½), Juli 299-299½ (300), September 252 (252). Roggen Mai 204-204½ (205), Juli 202½ (202½), September 191½-192 (192½), Hafer Mai - (206), Juli 209½ (209), September 180 (180).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 13. Mai: I. 122 Mark (letzte Notierung 120 Mark), II 114 Mark (112 Mark), III. 100 Mark (98 Mark), je Zentner. Tendenz stetig.

SPD. Die Büros und Kassen der Reichshauptbank werden am Sonnabend, den 23. Mai, von 12 Uhr ab geschlossen sein.

SPD. Die Personentarife der tschechoslowakischen Eisenbahnen, die unlängst um 20% erhöht worden sind, müssen ermässigt werden, da diese Verteuerung eine Verringerung der Personenbeförderung und eine weitere Verschlechterung der finanziellen Situation der Bahnen zur Folge hatte. Die Verbilligung soll aber nur bis zu 50 Kilometern eintreten.

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 13. Mai 1931.

Herr Putzig "kauft" ein Auto.<sup>x</sup>

SPD. Putzig ist einer der tüchtigsten Geschäftsleute der Stadt. Und auch ein Philosoph. Er hat viel übrig für des Lebens schöne Güter, er isst gern und gut, er verachtet weder einen edlen Tropfen noch legt er Wert auf schlechte Kleidung. Da sein Schneider ein laufendes Konto "Putzig" führt, so ist Herr Putzig auch einer der modernsten Männer. Natürlich unverheiratet.

"Sehn Sie," sagt er immer wieder, "wenn ich nu heirate, wie alle andern, dann bin ich verheiratet. Mal werde ich ja doch dazu kommen, aber ich weiss nicht, ob ich dann noch glaube, dass die Ehe-die vollkommenste Einrichtung der Welt ist...."

"Sind Sie denn jetzt davon überzeugt?"

"Natürlich! Meine ganzen Freunde schwärmen von ihren Frauen, ihren Kindern, ihren Hunden und ihrer Wohnung. Jeder ist ein zufriedener Mensch, wenn er mit mir darüber spricht. Nur, sobald ich zu Besuch komme, scheint doch nicht so grosse Einigkeit zu herrschen! Ich schiebe das auf mich. Ich vergleiche das Essen mit dem meines Restaurants, die Einrichtung mit den neuesten Errungenschaften, die man jetzt in Schaufenstern sieht. Die Kinder eignen sich ausgezeichnet für Vergleiche mit den in modernen Zeitschriften abgebildeten Sprösslingen von Frau Kommerzienrat Sowieso und Herrn Baron Vierfrucht. Und dann scheinen die Leute mit ihrem Lose immer unzufrieden zu sein. Versteheich nicht ganz - wer weiss aber, ob meine Frau nicht auch unzufrieden würde. Darum warte ich lieber noch."

"Sie wollten mir doch von Ihrem neuen Auto erzählen...."

Putzig sieht mich von der Seite her strahlend und verschmitzt an.

"Richtig, mein Lieber - also ich sage Ihnen: ein Wagen! Klasse - letzte Konstruktion. Schwingachse, Vorderradantrieb, Oelverbrennungsmotor, kein Benzingeruch mehr, - hat Junkers eben erst für Flugzeuge erprobt - Innenbeleuchtung, Radioanlage, Ouverturenhupe...."

"Wie, bitte?"

"Ouverturenhupe! Ich bin ein Gegner des unmelodischen Geplärrs auf den Strassen. Nun gibt es Hörner mit den Anfangstakten schöner Stellen aus "Rheingold", "Wilhelm Tell", "Kalif von Bagdad". Ich habe mir Mozart ausgesucht. Achtsache Bereifung, geringste Steuer, Platz für sechs Personen, riesige Koffer, beste Strassenlage, Motor mit Ventilator, der ganze Wagen in drei Minuten von der zugsicheren Limousine in einen offenen Sportwagen zu verwandeln..."

"Donnerwetter - müssen Sie ein Geld ausgegeben haben!"

"Bewahre - man muss nur richtig rechnen; das ist alles."

"Wollen Sie mir verraten, welche Summe Sie angelegt haben? Man kommt direkt auf den Geschmack!"

"Dreihundert Mark."

"Unmöglich!"

"Tatsache - gut und sicher angelegt. Mit Zinsen."

"Man kann doch keinen Wagen kaufen, der auch noch Zinsen einbringt."

"Doch - kann man. Man legt dreihundert Mark auf die Sparkasse. Sieht sich ein paar Jahre die weiteren technischen Verbesserungen an. Kaufe ich heute einen Wagen, dann gibt es im nächsten Jahre für eine geringere Summe einen moderneren. Abgesehen davon, dass ich gar kein Geld dafür übrig habe. Die drei-

hundert Emm stammen aus einem Zufallsgeschäft. In zehn Jahren, habe ich mir vorrechnen lassen, sind es annähernd zwölftausend Mark, wenn ich hin und wieder eine Kleinigkeit weiter spare. Und wenn ich dann noch ein Auto haben will - bitte, so gehe ich nur in einen Laden, suche aus, zahle wie ein Fürst in bar, habe zehn Jahre lang keine Sorgen mit Abnutzung, Unkosten, Steuern und Wechsel und sehr wahrscheinlich ist sogar noch so viel übrig, um die Heirat doch zuwege zu bringen. Man muss das Leben eben philosophisch nehmen."

Herr Putzig scheint nicht ganz Unrecht zu haben. Ich zum Beispiel möchte mir schon seit fünf Jahren ein Auto kaufen. Niemals kriege ich die Anzahlung zusammen. Wenn ich es auch so mache wie Herr Putzig, habe ich ihn vielleicht schon in drei Jahren eingeholt, oder, wenn ein freundlicher Zufall kommt, in einem. Na, ich treffe Putzig am nächsten Tage: "Sagen Sie mal, wo haben Sie denn Ihr Sparguthaben angelegt?"

"Ich?" meint er erstaunt, "ach so, ja, natürlich! Ich will morgen hängen, habe noch immer keine Zeit gehabt. Denken Sie nur: aus dreihundert Mark werden im Handumdrehen zwölftausend, wenn man's richtig anstellt. Eine herrliche Sache!" Sprach's, grüßte, ging in ein Restaurant - und ich ging schnurstracks auf die andere Strassenseite, wo das Schild der Sparkasse leuchtete und man mich freundlich, aber sachlich empfing.

Es ist sicher besser, kein Philosoph zu sein, aber aus philosophischen Lehren Nutzen zu ziehen!  
Walter Anatole Persich.

---

### Pfingstsitten der Völker.<sup>x</sup>

---

SPD. Das Pfingstfest leitet seine Herkunft vom jüdischen Erntefest ab, bzw. von dem späteren Feste der Gesetzgebung auf dem Berge Sinai, das 50 Tage nach dem Paschafest abgehalten wurde. Bei den Christen ist es das Fest der Ausgiessung des Heiligen Geistes und der Gründung der Kirche, das man ursprünglich als Endfeierlichkeit der Auferstehung Christi beging, und das erst vom 3. Jahrhundert ab zu einem besonderen Festtag wurde. Deshalb existiert zur Erinnerung an die Herabsendung des Heiligen Geistes noch heute in manchen katholischen Gegenden die altertümliche Sitte, während der Pfingstpredigten auf die Köpfe der Gläubigen einen an einer Schnur befestigten Kranz, mit der symbolischen Taube des Heiligen Geistes in der Mitte, hinabzulassen. Aus diesem, reich mit Flitter und kleinen Bändern beschütteten Kranze fallen auf die Köpfe der Betenden kleine Teilchen des Flitters und der Bändchen, nach denen die Gläubigen hastig greifen, und die sie dann sorgfältig in den Gebetbüchern oder Gesangbüchern aufbewahren.

In Italien und besonders in Neapel begeht man zu Pfingsten das sogenannte Zweite "Ostern" (l'altra Pasqua) oder das "Blumenostern" (Pasqua di fiori), eine riesige Prozession vom Berge Monte Virgine bis ins Stadttinnere. Schon drei Tage vorher versammeln sich dort grosse Massen von Gläubigen, die den ganzen Tag mit Gebeten und religiösen Uebungen zu Füssen der von ihnen verehrten Madonna verbringen. Am ersten Pfingstfeiertage folgt die feierliche Rückkehr in die Stadt, die sich in einem einzigen Augenblick aus einer ernsten religiösen Prozession in ein heiteres Volksvergnügen verwandelt. Unter Gesängen, Gelächter und heiteren Rufen beim Klange von Mandolinen, Gitarren und anderen Instrumenten kehren die vergnügten Teilnehmer an der Pilgerfahrt zu Pferde, zu Wagen oder zu Fuss in die Stadt zurück, wo sie eine nicht minder grosse Menge versammelter Neapolitaner mit feierlichen Ovationen begrüsst und empfängt. In Deutschland trat das Pfingstfest an die Stelle früherer heidnischer Feiern zu Ehren des Frühlings. In vielen Gegenden herrscht die Sitte, an diesen Tagen mit Birkenzweigen und Kalmusstengeln Häuser, Stuben, Scheunen, Vieh, Wagen und sogar Verkehrsmittel zu schmücken. Auch Ausflüge an den Vor-

tagen, die den Zweck haben, das dazu notwendige Grün zu beschaffen, werden mit Musik und höchst feierlich unternommen. In den Dörfern begibt sich eine Gruppe junger Knechte zu Pferde in den Wald, aus dem sie, mit Grün und bunten Bändern reich geschmückt, im Triumph ins Dorf zurückkehren. Häufig endet dieser Umzug mit einem Volksvergnügen, das mit Wettstreiten zu Pferde variiert wird, wie z.B. durch das Herabschlagen eines an einer Schnur befestigten Kranzes, eines hölzernen Hahnes oder eines Lehtopfes mit einem Stock im Galopp, oder durch das Treffen in einen Ring usw. Der Sieger erringt den Titel eines Pflingst- oder Schützenkönigs und erhält aus den Händen heimischer Schönen ein Geschenk, während der Ungeschickteste der Teilnehmer das Ziel des Spottes der vergnügungslustigen Menge wird.

In der Umgebung der Stadt Hall legen Knaben eine Strohuppe auf einen Schubkarren und vergnügen sich damit, diese mit zugebundenen Augen in den nächsten, ein Grab symbolisierenden Graben zu werfen. Dies soll den Sieg des Frühlings über den schmachvoll weichenden Winter darstellen und ist gleichfalls ein Ueberbleibsel altgermanischer Sitten. Im Elsass existiert die Sitte, dass die in den Wald um das gebrauchte Grün Ausrückenden bei dieser Gelegenheit einen im Walde absichtlich verborgenen und mit Blättern umhüllten Teilnehmer dieses Vergnügens suchen, der einen Bären darstellen soll, und ihn im Triumph ins Dorf führen. Das Vergnügen endet gewöhnlich damit, dass man dem armen Opfer eine mächtige Dusche unter der Dorfpumpe verabfolgt, worauf der Delinquent ein reichliches Trinkgeld mit dem witzigen Rat erhält, sich dafür eine ähnliche innere Dusche zu verschaffen. Eine gleichartige Sitte existiert auch in anderen deutschen Gauen. In der Nähe von Potsdam erhielt sich die Sitte, während der Pflingstfeiertage Pferderennen zu veranstalten, wobei statt lebender Reiter Puppen auf die Pferde gesetzt werden. In Thüringen gehört zu den beliebtesten Volksvergnügen während der Pflingstfeiertage das Zerschlagen von Tontöpfen durch Mädchen, deren Augen verbunden sind. Die Siegerin erhält einen lebenden Hahn in einem Käfig. Auch der altgermanische Feuerkult findet in der in Bayern vorzufindenden Sitte sein Echo, nach der die Schulkinder während der Pflingstfeiertage Umzüge mit brennenden Kerzen veranstalten. Eine gleichfalls deutsche Sitte ist das erste Hinausführen des mit Grün und Blumen geschmückten Viehes auf die Weide.

Unter den slavischen Völkern verdient die zu Pflingsten bei den Slowaken veranstaltete "Königsfahrt" Erwähnung. Der "König" ist gewöhnlich ein ungefähr zehn Jahre alter, hübscher und aus unbekanntem Gründen als Mädchen verkleideter Knabe, der zur Unterscheidung auf einem weissen Pferde, von einer schmucken Gefolgschaft zu Pferde begleitet, reitet. Diese ganze Kavalkade saust im Galopp mit Musik und in heiterer Stimmung in benachbarte Dörfer und hält sich überall unterwegs auf, um Lebensmittelgaben zu sammeln, die später die Teilnehmer des Vergnügens im Hause der Eltern des "Königs" oder in einer Dorfschenke verzehren.

Zu den eigentlichen Seltsamkeiten unter den Volkssitten während der Pflingstfeiertage gehört die in ihrer Art einzige "Spring-Prozession" von Echternach im Staate Luxemburg. An ihr nehmen ungefähr 10 000 tanzende Teilnehmer und ungefähr mindestens zweimal so viele Zuschauer teil. Nach der Predigt formiert sich die riesige Prozession ausserhalb des Städtchens und gelangt allmählich in die Stadt. Eröffnet wird sie von der Geistlichkeit bei zahlreicher Teilnahme kirchlicher Würdenträger, Mönche und Nonnen. Erst hinter ihnen folgt die eigentliche "Spring-Prozession", die sich in verschiedenen, von Musik angeführten Reihen formiert, die im Takte der Musik springen, wobei sie jedesmal fünf Schritte vorwärts und drei Schritte rückwärts tun. So vergehen  $1\frac{1}{2}$  Stunden, bis die ersten Reihen der Prozession bei der Statue des Heiligen Willibrord anlangen, die das eigentliche Ziel dieser aufreibenden Pilgerfahrt ist. Da sich die Statue auf einer Erhebung vor dem Kirchlein, die dem Patron geweiht ist, befindet, und zu ihr 69 steile Stufen führen, so bildet den Kulminationspunkt dieser originellen Feier das sprunghafte Hinauftanzen über alle zu der

Statue führenden Stufen. Nach beendeter Prozession legen sich die ermüdeten Massen der Teilnehmer auf die die Kirche umgebenden Wiesen. Nach einer kurzen Rast beginnt ein von Trinkgelagen belebtes Vergnügen, zumal da sich gleichzeitig in der Umgebung der Kirche der jährliche städtische Jahrmarkt abspielt.  
Dr.M.L.K.

-----  
Fahrt ins Glück.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Am Sonnabend vor Pfingsten fahren sie los, Hanns Schorn (ein unbeschäftigter Regisseur), der Charakterspieler Rolf Hohensteiner und die Revuetänzerin Kaja Struwhausen. Im Frühlingssonnenschein erstarrte Berlin, das sie alle liebten, zu einem grellen Reklameschild. Hinter den letzten Vorstadthäusern breiteten sich weite Saatfelder aus. Birken schwankten im Luftzuge des Achtzigkilometertempo.

Hanns Schorn fand die kleinen Häuschen an der Bahnstrecke trostlos und einsam, dachte an die Nebeltücher des Herbstes und die Schneelasten des Winters und ahnte nicht, dass seine Geliebte in diesem Augenblick an einem goldenen Faden spann: Die Leute da unten hatten ein Heim, einen Rasen für spielende Kinder. Sie sehnte sich nach dem Herdfeuer der engen Stuben, nach den Sommerabenden im wogenden Korn, nach dem Gezwitzcher der Stare und den langen Sonnenuntergängen... Wie fad erschien ihr das Rampenlicht, wie verspielt das Leben zwischen den Kulissen! In Gedanken baute sie ein Häuschen zwischen die Saatfelder, ein Häuschen für ihn und sich und ein Kindchen....

Sie klammerte sich an Hanns Schorn und flüsterte: "Ich möchte immer bei dir bleiben, dein Weib sein!"

Hanns Schorn hatte den Gedanken nie zu Ende gedacht, ob der Liebesbund sozial befestigte Formen annehmen könnte, und fand keine Antwort auf die vielen ungesprochenen Fragen. Er sah lange zum Fenster hinaus und sprach dann zuversichtlich und froh: "Wir lieben uns. Mehr wissen wir noch nicht."

"...und dass wir uns bald trennen werden..." ergänzte Kaja Struwhausen. Es war ihm, als striche sie die Sonne aus der Landschaft fort. "Wenn du das Engagement in Bremen bekommst...."

"Dann nehme ich dich mit!"

Hundert lockige Frühlingsreiter ritten über die Felder und Wälder.

"Na, ihr scheint ja schön verliebt zu sein! Habt ihr denn gar kein Schamgefühl!" Das sagte Rolf Hohensteiner so überwältigend komisch, dass sich ein helles Lachen entzündete.

Bis zehn Uhr sassen sie an diesem Abend in einem kleinen Gasthof in Weimar zusammen. Dann ging Kaja Struwhausen schlafen, glücklich wie ein Kind nach der Weihnachtsbescherung. Die beiden Männer tranken noch viel Kognak, und der Geist des Pfingstwunders, der Drang, sich auszusprechen, sich ganz zu öffnen, kam über sie.

"Peitsche die weissen Rosse des Gefühls zur Sonne, Hanns Schorn, aber stirb zur rechten Zeit!" sagte Rolf Hohensteiner in der pathetischen Art des Schauspielers. "Ich habe Angst um dich. Du verlierst dich!"

"Ich weiss nur: sie und ich, wir gehören für alle Ewigkeit zusammen!"

"Wir lieben das Rätselhafte im Weibe. Dahinter suchen wir die Stadt mit den goldenen Türmen. Lass alles Traum, lass alles Geheimnis sein! Ergründe nie. Die Ehe aber ist Grund. Abgrund!"

"Ich liebe!" Es war ein Schrei.

Hanns Schorn wusste, dass sein Freund mit einer früheren Schauspielerin verheiratet war und im Scherbenhaufen eines einstmaligen grossen Glückes sass. Deshalb sprach er: "Aus zerschelltem Boot sieht man nicht die weissen Segel auf hoher See...."

Rolf Hohensteiner antwortete nicht. Er sank in seinen Stuhl zurück und starrte zur Decke hin....

Ein Frühlingsgewitter zog über die Stadt. Das Donnergrollen währte die ganze Nacht. Die beiden Freunde sassen noch lange unter dem Glasdach der Terrasse. Rolf Hohensteiner warf in das Schweigen ein Zitat von Tagore: "Der Mann hat aus seiner Liebe zum Weibe einen Götzendienst gemacht. Es wird Zeit, dass die Opfer auf seinem Altare aufhören. - - Du, Schorn?" - Keine Antwort. Nur ein Donnergrollen über den Dächern. Es war ihm, als käme es aus der Seele seines Freundes.

Aus der regendurchrauschten, gewitterschweren Nacht stieg ein heiterer Pfingstmorgen. Auf dem Porzellan des Kaffeetisches lagen zwarte Reflexe. Die Rosenknospen im Glase waren voller Sehnsucht, aufzubrechen.

Rolf Hohensteiner wusste ein Verschen von Gustav Falke :

"Pfingsten ist heut', und die Sonne scheint,  
und die Kirschen blühn, und die Seele meint,  
sie könne durch allen Rausch und Duft  
aufsteigen in die goldene Luft."

"Heut' Nacht hat es gewittert," sagte Hanns Schorn, "draussen und drinnen. Nur Rolf Hohensteiner verstand ihn.

"...und schön ist es geworden! Dies ist unser Hochzeitstag!"

Da verstand ihn nur Kaja Struwhausen und lehnte sich selig in seinen Arm.

"So ohne alle Formalitäten?" erkundigte sich Rolf Hohensteiner in seiner humorvollen Art.

"Später!" lachte sein Freund.

An jedem Pfingstmorgen, der jenem im Thüringerlande gefolgt ist, fragt Frau Kaja: "Erinnerst du dich noch?... Rosen standen auf dem Tische..." Und dann sehen sie sich in die Augen, und ihr Glück hat keine Grenzen.....

Hans Heinrich Strätner.

-----  
Wartesaal 3.Klasse.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Früher hiess er Wartesaal 4.Klasse. Die 4.Klasse ist abgeschafft; der Wartesaal hat nur die Firmenbezeichnung geändert. Um nach einer etwa vierzig Kilometer weit entfernten Stadt zu gelangen, wartet man zwischen D-Zug und Bummelzug von 3 Uhr nachts bis gegen 6 Uhr morgens. (Inzwischen fliegt jemand von Berlin nach Prag.)

Kennen Sie Warteräume im Ausland? Da soll es sogar Ledersessel, gepolsterte Bänke und andere märchenhafte Einrichtungen geben, ohne dass man sich vor Oberkellnern in acht zu nehmen braucht, denn die eigentlichen Speiseräume verkünden eine noch grössere Eleganz und haben mit den blossen Wartehallen - so zwischen Bahnsteig und Schaltern - nichts zu tun. Wie gesagt: jenseits der Grenze. Hierzulande aber dürfen in einem Wartesaal 3.Klasse keine weissen Tischtücher sichtbar sein; es würde wenig zu der soldatisch-herben Art passen, mit der die Deutsche Reichsbahn ihre Fahrknechte (der fälschliche Ausdruck lautet sonderbarerweise: Fahrgäste) erzieht. Bis 6 Uhr morgens darf kein Bier ausgeschenkt werden, denn es könnte einer auf den frevelhaften Gedanken kommen, sich in richtiger Erkenntnis der ihn umgebenden Dinge zu besaufen.

Diese "Dinge" wiederholen sich in allen Wartesälen, die ohne Mitwirkung menscheitsfreundlicher Architekten eisenbahn- und bauamtlich genehmigt wurden: je ein Aschenbecher auf je einem rechteckigen Tisch, vier Kleiderständer in vier Ecken des hohen, in seinem vorderen Teil sogar erleuchteten Raumes. An den Tischen sitzen Menschen, in bizarre Stellungen verwunschen. Sie atmen. Sie schnarchen. Sie bewegen sich von Zeit zu Zeit und fallen dann wieder in ihre kräftezerstörende Urform zurück. Zwei von ihnen unterhalten sich halblaut. Es weihräuchert sich das Gemurmel durch die sakrale Langeweile des Saales. Hin



und wieder klappt mit mächtigem Krach die Tür, und neue Fahrknechte - warten. Der Ober schreckt auf. Er hatte soeben aus Verzweiflung die nationale Ortszeitung gelesen und war noch vor dem Feuilleton eingeschlafen. Er bringt einen Kaffee und legt das entzaubernde Geräusch der klappenden Tasse in jene geheimnisvolle Stille, wie sie nur noch in Museen und auf Friedhöfen zu beobachten ist. Ein Fahrknecht erhebt sich, sieht sich um, reibt sich die Augen und schreit, verfolgt von den Blicken der noch Wachgebliebenen, nach einer Ecke: dort steht der sägespänige Spucknapf in Erwartung seiner amtlich genehmigten Zufuhr. Der Brave spuckt ordnungsgemäss.

In einem Riesenweissbierglase dämmern Soleier; daneben steigt das Erstaunen über so lukullische Geschenke auf einer Pyramide von Leibniz-Keks höhenwärts und landet auf dem gestempelten und unterschriebenen Preisverzeichnis der Bahnhofswirtschaft. Doch über allem verkündet eine knackende Uhr... Ewigkeiten.

Die Nacht geht allmählich vorüber. Nur noch eine Lampe brennt im Wettstreit mit dem jungen Lichte, das sich sogar in diesen Wartesaal 3. Klasse vorwagt. Jetzt kann man auch feststellen, dass die Früchte neben der Registrierkasse Äpfel und nicht Apfelsinen sind, worüber man sich die ganze Zeit hindurch vergeblich den Kopf zerbrochen hat. Der Ober reckt sich, schwebt auf einer Wolke von Nachtluft durch den unermesslichen Raum, stellt etwas verrückte Asche becher genau in die Mitte und zieht mit eiserner Konsequenz auch den letzten Fenstervorhang auf.

Damit beginnt in sämtlichen Wartesälen Deutschlands der neue Tag. Unleugbar. Neuer Mut kehrt in die Fahrknechte zurück. Sie blicken erstaunt um sich, befühlen ihre Gliedmassen wie nach einem schweren Explosionsunglück, gähnen zufrieden und bezahlen einen Kaffee, den sie, nach den eingetrockneten Resten zu urteilen, vor undenklichen Zeiten getrunken haben müssen.

O.F.Heinrich.

### Verwirklichte Prophetie.<sup>x</sup>

SPD. "Der Mensch kann in die Wirklichkeit umsetzen, was die Phantasie ihm vorspiegelt". (Jules Verne)

Selten hat eine Prophezeiung sich so vollkommen bewahrheitet wie das prophetische Wort des grossen Phantasten, Dichters und Erfinders Jules Verne. Dieser beschrieb in einem seiner Romane Kanonen, die 20 Meilen weit feuern können, und wir erinnern uns aus dem Weltkrieg der "dicken Berta", des Riesen geschützes, das jene Prophezeiung verwirklichte. Als die Technik von so Unerhörtem noch nicht einmal zu träumen wagte, war für Jules Verne der Sprechfilm, die grosse Errungenschaft unsres Zeitalters, bereits eine Selbstverständlichkeit. Und sein Unterseeboot "Nautilus" unternahm schon jene sagenhafte Fahrt nach den Polen, die demnächst Wirklichkeit werden soll. Seine Phantasie hat der Technik in Wahrheit neue Wege gewiesen. Das an der kubanischen Küste versuchsweise errichtete Meereskraftwerk geht auf seine Anregung zurück, und selbst von den sogenannten "Himmelsschreibern" muss er schon etwas gewusst oder geahnt haben; spricht er doch gelegentlich von Annoncen, die am Himmel angebracht seien.

Jules Verne ist der unstreitig fruchtbarste und weitschauendste Prophet unter den erfinderischen Dichtern oder dichtenden Erfindern. Doch gibt es auch ausser ihm noch eine ganze Reihe solcher Dichter-Erfinder. So beschrieb bereits vor 15 Jahren Bernard Shaw das damals noch unglaublich anmutende Phänomen des Fernsehens, das es ermöglichen würde, eine Person, mit der man in weiter Entfernung spricht, zugleich zu sehen. Inzwischen ist auch diese Phantasie Wirklichkeit geworden. Und noch bevor Einstein seine Relativitätstheorie aufgestellt hatte, schrieb Wells über dieses umstürzende Prinzip seine "Zeit-

maschine".

Aus der heutigen Zeit sei an die technisch-phantastischen Romane von Hans Dominik erinnert, die auf dem Boden unsres "elektrischen Zeitalters" eine Unzahl grandioser Erfindungen vorausbeschreiben, von denen wieder in einigen Jahrzehnten oder schon in wenigen Jahren - denn heute schreitet die technische Entwicklung ja mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts - jemand berichten wird, wie wiederum die Phantasie die Wirklichkeit vorweggenommen habe.

-----  
Nie wieder vergessen!<sup>x</sup>  
-----

SPD. Dem Besucher des Urnenhains der Stadt Mainz fallen zwei Gedenktafeln ins Auge, deren Inschriften aus der Vergangenheit mehr denn je für die Gegenwart und für die Zukunft mahnen.

Die eine Gedenktafel:

"Zum ewigen Gedenken an unseren lieben Sohn und Bruder..... Sein junges Leben musste er opfern auf flandrischem Boden. Wir Hinterbliebenen fragen, für was und für wen?"

Und die andere:

"Zum Gedenken unseres einzigen braven Sohnes..... Opfer des Weltwahnsinns liegt sein Ich in flandrischem Boden."

Wieviel Schmerz, wieviel Bitternis der Hinterbliebenen liegt in diesen wenigen Worten! Und wer hört nicht den Ruf zur Besinnung? Knapp 12 Jahre sind verflossen, seitdem - wenigstens nach aussen hin - dieser Wahnsinn der Vernichtung des Menschen und der Kultur sein Ende gefunden hat. Aber wieviele Volksgenossen bei uns wie in den andern Ländern haben schon vergessen?

Dem Anscheine nach kann man die Errichter der beiden Gedenktafeln im bürgerlichen Lager suchen, und man muss erkennen, wie sehr damals, als der Schmerz allen Volksschichten noch durch das persönliche Opfer nahe ging, auch die bürgerlichen Kreise der Idee "Nie wieder Krieg!" nahe standen, wie diese bürgerlichen Kreise sich mit ihrem Innersten von diesem Massenmorden wegwandten, das richtige Empfinden für diesen "Weltwahnsinn" hatten. Heute! Die Reaktion ist emsig am Werke, die kümmerlichen Reste des damaligen Empfindens auszurotten. Einen mächtigen Bundesgenossen haben diese Drahtzieher des Kriegsgedankens freilich: die ungeheuerere Volksnot, die Not unsrer Heimat! Diese unsagbare Not lässt sich nur ertragen, weil wir wissen, dass sie die Frucht eben dieses Weltwahnsinns in seiner reaktionär-politischen und wirtschaftlichen Auswirkung ist, aber gleichzeitig der Heilungsprozess sein kann, wenn wir erkennen, dass sich dahinter der Titanenkampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus abspielt.

Zu dem mächtigen Bundesgenossen gesellt sich der mächtigere: die Vergesslichkeit der Menschen für das Erlebte, Erlittene! 12 Jahre sind wohl kurz, gemessen an der Zeit des Weltgeschehens, aber lange genug zum Einschlafen und Vergessen. Das graue Leid des Alltags, das wie im Kriege Millionen unsrer Volksgenossen bedrückt, und das verstärkt wird durch die indifferente Einstellung zu ihrem Schicksal, ist der beste Nährboden des Vergessens. Das weiss die Reaktion, und sie hält die Zeit für gekommen, die Alten einzulullen, die urteilslose Jugend aber mit militaristisch-kapitalistischem Theater zu betören.

Der Pfingstgeist, der Geist der Erleuchtung und Erneuerung möge über unsre Volksgenossen kommen, deren Blick für diese Tatsachen getrübt wurde, damit es den wenigen Nutzniessern des Kapitals und deren Trabanten nicht wieder gelingt, im Namen Gottes im Zeichendes Kreuzes einen neuen Weltkrieg heraufzubeschwören, der im wahrsten Sinne des Wortes Vernichtung des Erdenlebens bedeuten würde.

# Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 13. Mai 1931.

In der Mittwoch-Sitzung des Landtags protestierte Abg. Leinert (Soz) zunächst gegen einen Artikel des "Düsseldorfer Mittag", der sich unter der Spitzmarke "Preussischer Landtag - Fidelitas" mit der letzten Nachtsitzung des Landtags beschäftigt. In diesem Artikel wird von "bläulich schimmernden Abgeordneten" gesprochen; weiter wird behauptet, dass in den Wandelgängen Schnapspullen herumgelegt hätten. In rosigster Stimmung habe der Landtag in vorgerückter Stunde über einen Etat von 4,5 Milliarden entschieden. Abg. Leine erklärte es für unerhört, dass ein Mitglied des Hauses in dieser unwahren und nicht rechtfertigenden Weise das eigene Parlament beschmutze. Er sei darüber informiert, dass der Berichterstatter der "Düsseldorfer Zeitung" ein Mitglied der Fraktion der Wirtschaftspartei ist. - Präsident Bartels schliesst sich diesem Protest an.

Abg. Borck (Dntl) weist auf einen ähnlich liegenden Fall der Berichterstattung der "Täglichen Rundschau" über diese Nachtsitzung hin. Dort sei u.a. behauptet worden, dass der Etatredner der Deutschnationalen betrunken gewesen sei. Auch diese Berichterstattung sei völlig aus den Fingern gezogen.

Abg. Hestermann (Wirtsch.) erklärt, dass ein Abgeordneter der Wirtschaftspartei als Mitarbeiter des "Düsseldorfer Mittag" nicht in Betracht käme.

Als Abg. Leinert (Soz) demgegenüber bei seiner Behauptung bleibt, erklärt Abg. Hestermann (Wirtsch.), dass er mit dem Fraktionskollegen Schmidt-Höpke noch nicht über den Fall sprechen können, da dieser nicht im Hause sei. Solange dieser sich nicht dazu erklärt habe, könne er aber nicht glauben, dass er der Verfasser des Berichts ist.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen wird die dritte Lesung des Haushaltsplans für 1931 fortgesetzt.

Abg. Dr. Neumann-Frohnau (D.Vp.) polemisiert gegen den Innenminister Severing. Gegenüber dem Vorwurf, dass die Volkspartei im Reichstag 1927 das grosse Sozialversicherungsgesetz gemacht habe, als die Sozialdemokratie nicht in der Regierung war, müsse darauf hingewiesen werden, dass es sich um einen Versuch gehandelt habe.

Abg. Falk (Staatspartei) polemisiert gegen den Vorredner.

## Innenminister Severing:

Es ist immer misslich, am Schluss einer Debatte noch einmal ausführlich auf alle die Dinge einzugehen, die Abg. Neumann hier angeschnitten hat. Es wird im nächsten Herbst möglich sein, in einer zusammenfassenden Darstellung alles das, was die jetzige Regierung getan hat, zusammenzustellen. Auch auf dem Gebiete der Verwaltungsreform. Ich habe als Innenminister schon 1924 dem Hause einen Gesetzentwurf über die sogenannte Kleine Verwaltungsreform vorgelegt. Diese Vorlage fiel unter den Tisch, weil die Landtagswahl dazwischen kam die wegen der anderen Parteikonstellation dem Landtag eine andere Regierung brachte. Damals, im Jahre 1925, zog die Volkspartei ihre Minister aus der Grossen Koalition zurück, um die Regierung zu sprengen. Das gelang nicht, aber die Regierung verfügte während der ganzen Legislaturperiode nur über eine geringe Mehrheit. Mit nur 5 Stimmen Mehrheit sind aber keine grossen Reformen durchzuführen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es hat an heissen Bemühungen, die Volkspartei zur Mitarbeit zu bewegen, von uns nicht gefehlt. Wie die Volkspartei darauf geantwortet hat, wird sie selbst am besten wissen. (Sehr wahr! links und in der Mitte.) Sie hat während der ganzen Legislaturperiode nicht das Geringste getan, um diese Verwaltungsreform durchzuführen. Schon damals habe ich darauf verwiesen, dass angesichts der Reparationsleistungen peinlich

zu untersuchen ist, wo in der Verwaltung zu sparen ist. Von mir aus ist also alles getan worden, dieses Ziel zu erreichen, aber die Volkspartei hat es nicht nur an Unterstützung fehlen lassen, sondern die grössten Schwierigkeiten gemacht. (Sehr wahr! bei den Soz.).

Die vom Abg. Neumann angeschnittene Frage der grossen Sozialpolitik ist eine Reichsangelegenheit. Heute erklärt Herr Neumann, dass die Volkspartei die Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes als einen Versuch angesehen hat. Aber man darf auf diesem Gebiete nicht einen Schritt nach vorwärts gehen, wenn man später wieder zurückgehen will. Das Verhalten der Volkspartei in dieser Frage ist schliesslich alles andere gewesen als eine Interessenvertretung der Wirtschaft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man hat den 14. September 1930 als einen schwarzen Tag für Deutschland bezeichnet. Aber dieser schwarze Tag hat Vorläufer gehabt: die Reichstagsauflösung und vorher die Sprengung des Kabinetts Hermann Müller. Und für die letztere ist ein erheblicher Teil der Schuld auf das Konto der Deutschen Volkspartei zu buchen. (Sehr wahr! bei den Soz.) - Statt jetzt gegenseitig sich mit Vorwürfen zu überhäufen, sollten eigentlich alle Parteien mitarbeiten, um aus der überaus schwierigen Lage herauszukommen. (Sehr gut! links und in der Mitte.)

Die Kritik des Abg. Hecken an dem zum Magdeburger Oberbürgermeister gewählten Berliner Stadtrat Reuter weicht sehr erheblich ab von dem Gesamturteil das sonst über diesen Mann gefällt wird. Es ist notwendig jetzt, einmal darauf hinzuweisen, dass in Magdeburg die gesamte Rechtsfraktion bereit war, Reuter zu wählen. (Zuruf von den Deutschnationalen: Aber nicht die Deutschnationalen!) Auch die Deutschnationalen waren bereit, innerhalb der gesamten Rechtsfraktion für Reuter zu stimmen, wenn die sozialdemokratische Fraktion sich bereit erklärte, den Zweiten Bürgermeister von der Rechtskouleur zu wählen. (Stürmisches Hört, hört! links und in der Mitte.)

Zu den immer wiederkehrenden Behauptungen, dass der frühere Landrat des Landkreises Merseburg auf Staatskosten einen teuren Tennisplatz habe errichten lassen, kann ich nur sagen, dass dieser höchstens in der Phantasie besteht. (Hört, hört, links). Ich füge aber hinzu, dass die für das Landratsdienstgebäude gemachten Aufwendungen in Höhe von 250 000 Mark auch nach meiner Auffassung viel zu hoch sind. Ich hoffe, dass diese Bemerkung bei allen in Frage kommenden Stellen genügen wird, die grösste Sparsamkeit zu üben. Aber es scheint mir unberechtigt, heute einem Manne deshalb Vorwürfe zu machen, weil er 1928 die künftige Entwicklung der Wirtschaftspolitik nicht voraussehen konnte. Wollte man hier anfangen zu kritisieren, so wäre über die Finanzgebarung von leitenden Beamten aller Parteirichtungen noch manches zu sagen. (Sehr wahr, bei den Soz.) Ganz allgemein stehe ich auf dem Standpunkt, dass man in guten Jahren anfangen muss zu sparen. Aber schliesslich dienen die damals gemachten Fehler uns insofern, als wir aus ihnen Lehren für die Zukunft ziehen können. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Steuer (Dnat) erklärt, dass der Minister in Bezug auf die Rechtsfraktion der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung falschen Informationen zum Opfer gefallen sei. Die Deutschnationalen hätten niemals die Absicht gehabt, Reuter zu wählen. (Zuruf bei den Soz.: Das ist die Unwahrheit!) Die Deutschnationalen hätten auch niemals zugelassen, dass eine Fraktion, der sie angehörten, für Reuter stimmte.

Es folgen die Abstimmungen zur dritten Etatberatung. Ein Antrag der Kommunisten auf sofortige Einberufung des Reichstags wird mit 347 Stimmen gegen 39 abgelehnt, ein ähnlicher Antrag der Deutschnationalen mit 286 gegen 97 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten. Ein deutschnationaler Antrag, die Staatsbeihilfen für die Sportverbände von 500 000 Mark auf 1 Million zu erhöhen, wird mit 299 gegen 83 Stimmen abgelehnt; dafür stimmen Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Deutsche Fraktion. Im übrigen wird der Etat in allen Einzelheiten nach den Anträgen der drei Koalitionsparteien gestaltet und in

der Schlussabstimmung mit 230 gegen 167 Stimmen angenommen. (Beifall bei den Mehrheitsparteien). J.a. wurde beim Etat der Unterrichtsverwaltung ohne namentliche Abstimmung ein Antrag angenommen, der eine Zustimmung zu dem Staatsvertrag mit der Volksbühne enthält. Abgeordneter Borck (Dtn.) und Abg. Stendel (DVP) erklärten, dass sie die Tragweite des erst zur dritten Lesung eingebrachten Antrags nicht erkannt hätten. Abg. Baecker (Deutsche Fraktion) beantragte, die gleichfalls auf der Tagesordnung stehende ausdrückliche Zustimmung zum Volksbühnenvertrag erst in der Junitagung zur Abstimmung zu bringen. Dieser Ver- tagungsantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommen.

Nächste Sitzung Montag, den 8. Juni mittags 1 Uhr; Staatsvertrag mit den evangelischen Kirchen.

-----  
Landtags=Stimmungsbild.  
-----

SPD. Berlin, den 13. Mai (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag hat am Mittwoch programmgemäss seine Etatarbeiten beendet.

In der Aussprache versuchte der Volksparteiler Dr. Neumann-Frohnau noch einmal dem Innenminister Severing nachzuweisen, dass die Volkspartei für Spar- samkeit gewirkt habe, die Sozialdemokratie aber nicht. Was ihm an Beweisgründen für diese These fehlte, ersetzte er durch die Heftigkeit des Ausdrucks. Wie fadenscheinig seine Theorie ist, geht daraus hervor, dass er die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zu der letzten Beamtengehaltserhöhung und zur Arbeitslo- senversicherung 1927 ausdrücklich zugeben musste und nur zur "Entschuldigung" hinzufügen konnte, dass es sich für die Volkspartei lediglich um einen Versuch gehandelt habe, den nachher wieder rückgängig zu machen die Sozialdemokratie vereitelt hätte. Dieses "Verbrechens" bekannte Innenminister Severing die So- zialdemokratie schuldig. Die Gesamtaufstellung über die positiven Leistungen des Kabinetts Otto Braun, die er für den Herbst ankündigte, wird den vorlauten Kritikern a la Neumann-Frohnau den Mund endgültig stopfen. Aus Reden aus dem Jahre 1924 konnte Severing nachweisen, dass niemand anderes als er den Landtag damals eindringlich darauf aufmerksam gemacht hat, dass die ungeheure Schwere der Reparationslast Reich, Staat und Gemeinden in Deutschland zur äussersten Sparsamkeit verpflichte.

In den folgenden Abstimmungen wurden alle Positionen des Etats nach den Anträgen der drei Regierungsparteien gestaltet, auch der von ihnen geforderte Grenzfonds von 10 Millionen wurde eingefügt. In der Gesamtabstimmung wurde der Etat mit 230 gegen 67 Stimmen angenommen.

So ist die Etatberatung im Preussischen Landtag zur vorgesehenen Zeit wunsch- und ordnungsgemäss beendet worden, ohne jeden Zwang, ohne Druck, ohne Aenderung der Geschäftsordnung, lediglich durch die parlamentarische Disziplin der Weimarer Koalition. Es hat keinen Zusammenstoss und keine Ausschreitungen gegeben, und wenn man von der einen Nachtsitzung absieht, kaum einen Versuch der Obstruktion. Dieser eine Obstruktionsversuch gegen das Polizeiverwaltungs- gesetz, so kläglich er gescheitert ist, hat vielleicht einen besonderen Unter- grund gehabt: die Kommunisten wollten ihren Schwenk und Kasper, die zugleich Stadtverordnete sind, im Landtag beschäftigt haben, damit sie bei der in der gleichen Nacht stattfindenden Abstimmung über das grosse Geschäft mit den Ber- liner Elektrizitätswerken entschuldigt fehlen konnten. Denn es ist für die Op- position im Rathaus, die Kommunisten und Deutschnationalen, nicht leicht ge- wesen, so viele ihrer Stadtverordneten der entscheidenden Abstimmung fernzuhal- ten, dass die von ihnen wütend bekämpfte, aber sachlich unbedingt notwendige Vor-

lage mit knaptester Mehrheit angenommen werden konnte. Jedenfalls ist durch die Obstruktion auch die Verabschiedung des wichtigen Reformwerks eines einheitlichen und modernen Polizeiverwaltungsrechts nicht einmal verzögert worden.

Der Preussische Landtag mit seiner Weimarer Mehrheit bietet also in ganz Deutschland noch immer das beste Bild sachlicher parlamentarischer Arbeit. Wie die Preussische Regierung die festeste und klarste Staatsverwaltung und Staatspolitik treibt, die es in der Deutschen Republik bisher gegeben hat und in Zukunft geben wird. Nicht zuletzt darum ist der Volksentscheid für die Landtagsauflösung in Preussen von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen.

Den Nationalsozialisten hat man oft vorgeworfen, dass ihre Politik widerspruchsvoll und inkonsequent sei. Im Preussischen Landtag haben die Nationalsozialisten einen Rekord eiserner politischer Folgerichtigkeit aufgestellt: sie haben die ganze Etatberatung vom Anfang Januar bis zum Mittwoch geschwänzt sie haben zum ganzen Staatshaushalt nicht eine Silbe geredet und an keiner Sitzung oder Abstimmung teilgenommen und für die ganzen fünf Monate nur die vollen Diäten eingesteckt, ohne einen Finger zur Arbeit zu rühren.

Der Preussische Landtag ist jetzt in die Pfingstferien gegangen und wird Anfang Juni - nach dem Parteitag der S.P.D. in Leipzig - zur Beratung der Kirchenverträge wieder zusammentreten.

\*\*\*